

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühren betragen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 296.

Montag, den 19. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Jugendfürsorge

Eine Reihe von Kongressen beschäftigte sich in jüngster Zeit mit der Notwendigkeit einer umfassenden Jugendfürsorge. Der Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit verlangt die Organisation von Zentralstellen für Jugendfürsorge, welche die Kinder von der Geburt bis zu ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit überwachen und überall da für eine nötige Pflege, Ernährung, Erziehung und Ausbildung sorgen, wo sich die Notwendigkeit ergibt. Auf dem internationalen Kongress zur Fürsorge für Geisteskranken in Berlin wurde besonders dargelegt, welche hohe Bedeutung eine geordnete Kinderfürsorge für die Verhütung von Epilepsie, Idiotie und Psychopathie hat. Regierungen, Behörden, Sozialpolitiker, Pädagogen betonen in einem fort das immer dringender werdende Bedürfnis nach einer weitgehenden sozialen Jugendfürsorge. Die Zeitungen und Zeitschriften beschäftigen sich fast täglich mit dieser Frage, und die Literatur über die Jugendfürsorge vermag bald eine Bibliothek von ansehnlichem Umfang für sich zu bilden. Aber alles was bisher praktisch in der sozialen Fürsorge für die Jugend geschah, steht nicht im entferntesten im Verhältnis zu den großen und schönen Worten, mit denen über die Jugendfürsorge gesprochen und geschrieben wird!

In etwa 160 Gemeinden bestehen Säuglingsfürsorgestellen von einer Bedeutung, daß sie überhaupt der Erwähnung verdienen. Die Halbkinder werden in einer Anzahl Städte von angestellten Pflegerinnen überwacht, die Stadt hat für sie die Generalvormundschaft übernommen. Schulbäder und schulärztliche Untersuchungen sind in einer größeren Anzahl Städte zum Teile ganz gut eingeführt. Mainz, Dresden, Magdeburg und Hamburg haben im letzten Jahr ein Jugendfürsorgeamt errichtet.

Das ist aber auch so ziemlich alles, was über die armenrechtlichen Verpflichtungen hinaus wesentliches getan worden ist! Denn die einzelnen Schülerleistungen sind nirgends als eine ständige Einrichtung gedacht und überdies meistens aus privaten Mitteln bewerkstelligt worden. Wenn nicht mehr geschieht, und wenn die Jugendfürsorge nicht in einem rascheren Tempo vorwärts schreitet, als bisher, dann wird das, was sie erreicht, von sehr geringer Bedeutung sein!

Wie viele elende Kinder sieht man in den Straßen und noch mehr in den Wohnungen der ärmeren Bevölkerung! schrieb vor einigen Wochen der freisinnige Reichstagsabgeordnete Schrader im „Berliner Tageblatt“ in einem Aufsatz über die soziale Fürsorge der Kinder. Das ist nicht erst seit heute und nicht nur in Berlin so, sondern in allen Städten, Industrieorten und auch auf dem Lande. Und jede Art von Jugendfürsorge, auch diejenige, welche nur die sittliche oder pädagogische Erziehung und die berufliche Ausbildung der Jugend im Auge hat, muß in erster Linie für eine bessere Ernährung und bessere körperliche Pflege der Kinder und Jugendlichen sorgen — andernfalls ist alle Mühe umsonst! Denn selbst die rein sittliche und geistige „Verwahrlosung der Jugend“ hat ihre direkte Ursache in den meisten Fällen auch in körperlichen Zuständen der Eltern, in Krankheitserscheinungen, die aus schlechten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen heraus entstehen. Es bedarf daher nicht nur einer entsprechenden pädagogischen Erziehung, sondern vor allem einer besonderen körperlichen Pflege, einer therapeutischen Behandlung und einer guten Ernährung der Kinder, wenn die „Verwahrlosung“ dauernd beseitigt werden soll.

Wie zahlreiche Untersuchungen ergeben haben, besteht die Mehrzahl der sogenannten Fürsorgekinder, d. h. der verwahrlosten Kinder, aus geistig kranken oder geistig minderwertigen Kindern, die erblich belastet sind von Eltern, die mit schweren Nervenleiden, Epilepsie, Hysterie, Neurasthenie, Trunksucht, Syphilis usw. behaftet waren. Wissenschaftlich erwiesen und praktisch erprobt ist aber auch, daß dieser geistige Defekt — auch die geistigen Erkrankungen infolge Kinderkrankheiten, Unfälle usw. — im Kindesalter durch eine ständige, sachgemäße ärztliche und pädagogische Behandlung und eine gute Ernährung völlig beseitigt oder wenigstens wesentlich gemildert, das Kind zur körperlichen und geistigen Gesundheit gebracht werden kann. Die obligatorische Einführung des Schularztes, bei dem aber nicht nur, wie es zurzeit der Fall ist, die Kinder untersucht, sondern, wie in Schweden, auch gleichzeitig vom Schularzt behandelt werden, die Kinder unter ständiger Aufsicht und Behandlung des Arztes stehen, sowie die allgemeine Einführung des Schulspeisung sind aus diesen und noch anderen Gründen die ersten und wichtigsten Vorbedingungen einer Jugendfürsorge, die wenigstens den schlimmsten Übeln entgegenarbeiten soll.

Die „verwahrlosten Kinder“, die „Fürsorgekinder“, die geistig Minderwertigen, Psychopathen, bilden wie alle Untersuchungen zeigen, in späteren Jahren den größten Teil der Gewohnheitsverbrecher, Prostituierten, Vagabunden und Trunksüchtigen, die infolge ihres durch erbliche Belastung oder in frühester Kindheit erworbenen geistigen Defekts an den sozialen Klippen immer wieder scheitern. Ein gut ausgebildetes, obligatorisch eingeführtes Schularztwesen und die Schulspeisung bilden daher auch, neben der allgemeinen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände, das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Trunksucht, Vagabondage, Prostitution und des Verbrechertums, soweit sich das im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt erreichen läßt.

Aber das Schularztwesen und die Schulspeisung sind auch die ersten Vorbedingungen einer erfolgversprechenden Bekämpfung der Tuberkulose! Nach den modernen Anschauungen der medizinischen Autoritäten ist die Tuberkulose eine Kinderkrankheit, das heißt, sie wird im Kindesalter bereits erworben. Mit Hilfe der sogenannten v. Pirquet-Reaktion haben Schulärzte festgestellt, daß in einem Falle bei 92 Prozent, in anderen Fällen bei 35 bis 70 Prozent der Volksschulkinder Tuberkelbazillen vorhanden waren. Diese Kinder sind noch nicht krank im klinischen Sinn, aber bei fortgesetzter schlechter Ernährung, bei mangelnder Pflege oder Schwächung des Körpers durch andere Krankheiten fallen sie der Schwindsucht anheim, was durch schulärztliche Überwachung und Schulspeisung verhindert werden kann. Erst die schulärztlichen Untersuchungen vermögen auch in sehr vielen Fällen den Krankheitsherd ausfindig zu machen, von dem aus die Krankheitsreize auf das Kind übertragen worden sind, so daß dann die Tuberkulose-Fürsorge ihre Maßnahmen treffen kann.

Eine Jugendfürsorge muß sich natürlich auch auf die Zeit vor und nach dem schulpflichtigen Alter erstrecken. Aber jede Jugendfürsorge wird, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse heute liegen, Flick- und Stülckwerk bleiben und die Jugendfürsorgeämter werden eine Sisyphusarbeit leisten; wenn nicht allgemein die Schule, bei gleichzeitigem vollständigem Verbot jedweder Erwerbsarbeit der Kinder, die körperliche Pflege und Gesundung der Kinder übernimmt. Ein gesunder Geist kann nur in einem gesunden Körper wohnen, die geistige Entwicklung eines Kindes ist von seiner körperlichen Entwicklung abhängig, und deshalb muß die Körperpflege ebenso allgemein zu den Aufgaben der Volksschule gehören wie die Geistespflege. Sedenfalls aber bilden die angeführten Maßnahmen, die durch eine reichsgesetzliche Regelung durchzuführen wären, die wichtigste Aufgabe einer umfassenden Jugendfürsorge, womit nicht nur den armen Kindern eine Wohlthat erwiesen, sondern auch ein großes, bedeutungsvolles Reformwerk in die Wege geleitet wird, das im dringendsten Interesse der Gesamtheit der Gesellschaft liegt.

Solange sich aber die herrschenden Klassen nicht zu einem solchen großzügigen, weitblickenden Vorgehen herbeilassen, ist es ihnen mit ihrer „Jugendfürsorge“ nicht Ernst und ihre schönen Reden und Artikel werden an dem bestehenden Zustand nicht das geringste ändern.

Politische Rundschau

Deutschland.

Nationalmisérables.

Der Schmerz, in die Opposition gedrängt zu sein, geht bei den Nationalliberalen doch tiefer, als sie es nach außen hin sich merken lassen. Das hat der Abgeordnete Bassermann in einer Rede zu erkennen gegeben, die er dieser Tage in Braunschweig hielt. Der Reichskanzler hat allerdings im Reichstag erklärt, daß er sich von keiner Partei Vorschriften machen lassen kann. Gleichwohl hat der Reichskanzler den Wünschen des Herrn v. Heydebrand Rechnung getragen, indem er zwar nicht ein Ausnahmegesetz ankündigte, wohl aber eine Verschärfung unserer seitlichen Strafgesetze. Im Grunde genommen läuft das auf dasselbe hinaus, was der Herr v. Heydebrand wünschte — eine schärfere Bekämpfung der Sozialdemokratie von Amts wegen. Diese Auffassung bestand im Reichstag allgemein, nur die Nationalliberalen haben aus den Worten des Reichskanzlers etwas ganz anderes herausgelesen — nämlich eine Abgabe an Herrn v. Heydebrand. Dieser Auffassung gab der Abg. Salfermann in seiner Braunschweiger Rede Ausdruck. Er will dem Reichskanzler das weitgehendste Vertrauen entgegenbringen, allerdings fügt er hinzu, daß von jetzt ab der Reichskanzler ganz andere Wege einschlagen müsse. Zunächst müsse er den Beamten jede Einmischung in die Wahlgeschäfte unterlagen und dann müsse sich die Regierung unter allen Umständen dazu verstehen, den Liberalismus mitarbeiten zu lassen und eine ehrliche und ge-

rechte liberale Politik zu treiben. Die Wünsche Bassermanns würde der Reichskanzler, wenn er in der nächsten Zeit dazu in die Lage käme, mit denselben Argumenten ablehnen, die er dem Herrn v. Heydebrand gegenüber anführte; nur mit dem Unterschied, daß den Nationalliberalen gegenüber diese Argumente — daß die Regierung sich von den Parteien keine Vorschriften machen lasse — wirklich ernst gemeint wären. Der Reichskanzler weiß ganz genau, daß er die Nationalliberalen sehr billig haben kann, wenn er sie nur erst haben will. Wohl, um sich weiterhin noch in empfehlende Erinnerung zu bringen, hat Herr Bassermann in Braunschweig des Kampfs gegen die „rote Flut“ als die Hauptaufgabe der Nationalliberalen bezeichnet. — Freilich ist es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen zum größten Teil in der „roten Flut“ erkaufen werden.

Sammelt für den Zitätenjack!

Die „Kreuzzeitung“ entrüstet sich wieder einmal über den angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus und phantasiert schließend:

Keine richterliche Gewalt straft so draconisch, wie die Sozialdemokratie, die noch die Dreifachigkeit besitzt, über die staatliche Justiz als angebliche „Klassenjustiz“ zu zernern. Sie kann sich die schrankenloseste Tyrannei erlauben unter der Herrschaft des Systems von Boykott und Terrorismus. Wenn hier eine Besserung erzielt werden soll, dann ist es unumgänglich notwendig, daß alle Fälle von Boykott und Terrorismus, auch wenn sie noch so geringfügig erscheinen, an einer Zentralstelle gesammelt und registriert werden, damit der Öffentlichkeit endlich bewiesen werden kann, wie es um das sozialdemokratische System des Boykotts und des Terrorismus bestellt ist.

Dieses Rezept hat nicht einmal den Reiz der Neuheit, denn schon bei der Beratung des schließlich verscharrten Zitätenjackes hat die Regierung mit einem wohlgefüllten Zitätenjack gearbeitet. Geholfen hat es freilich nichts, denn die meisten Zitate konnten als gefälscht oder doch als maßlose Übertreibungen erwiesen werden. Möglich ist es immerhin, daß die Regierung auf den Vorschlag der „Kreuzzeitung“ hereinfällt und es noch einmal mit dem Zitätenjack versucht.

Gegen die Fleischnot.

Entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag hat der Stadtmagistrat von Nürnberg Freitag beschlossen, an das Ministerium eine Reihe von Vorstellungen zu richten, die darauf hinauslaufen, die Vieh- und Fleischzufuhr zu erleichtern. U. a. wird verlangt, Gestattung der Einfuhr aus Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Norwegen unter möglicher Vereinfachung der sanitätspolizeilichen Maßnahmen; Aufhebung der Quarantäne an der dänischen Grenze und der Tuberkulinimpfung! Gestattung der unbeschränkten Schweineinfuhr unter Beobachtung der nötigen sanitären Maßnahmen; Aufhebung der Bestimmung, wonach das in den ober-schlesischen Grenzschlachthäusern zugelassene Schweinekontingent auch nur im Grenzbezirk verbraucht werden darf; Aufhebung der Zölle auf Vieh und Fleisch oder wenigstens bedeutende Ermäßigung; Aufhebung der Bestimmung des Fleischbeschaugesetzes, wonach Fleisch nur im natürlichen Zusammenhang mit den inneren Organen eingeführt werden darf.

Reichstags-Neuwahlen.

Bisher haben nur sozialdemokratische und linksliberale Blätter die baldige Auflösung des Reichstags gefordert; jetzt erklärt sich jedoch, veranlaßt durch das Ergebnis der letzten Tagung, auch das offizielle Organ der national-liberalen Parteilitung, die „Nationall. Korresp.“, gegen die künstliche Verlängerung der Lebensdauer des Reichstags. Das Blatt meint:

Daß die Wahrung in der gemeinsamen Arbeit die Gegensätze zu begraben und keinen Schritt weiter bringt, das muß nach dieser Staatsbesuche auch Herr v. Bethmann-Hollweg klar geworden sein. Die Nervosität, die über dem Ganzen lag, forderte geradezu gebieterisch nach einer Entladung, und diese Entladung können nur die Neuwahlen bringen. Schon die Interpellationen, mit denen so viele Tage dieser kurzen Session ausgefüllt waren, zeigen zur Genüge, wohin der Wind weht; und wenn auch ab und zu eine darunter ist, die der positiven Arbeit zuzuzählen ist, so stehen doch schon am Eingang der Tagung im künftigen Jahre neue Interpellationen, die zu den schönsten Wahlreden Anlaß geben. Das Zeichen unserer politischen Gesamtsituation steht auf Neuwahlen. Möge die Regierung das rechtzeitig erkennen und den Einflüssen widerstehen, die das Leben des jetzigen Reichstags noch künstlich verlängern wollen.

Preussische Sparsamkeit.

In Obernigk, einem Ausflugsort in der Nähe von Breslau, fehlt es dem dortigen Staatshaus schon seit Jahren an gutem Trinkwasser. Wiederholte Bohrvorläufe in der Nähe des Bahnhofs blieben erfolglos, dagegen wurde mit Hilfe der „Wünschelrute“ unter

Wasserversorgung von Eisenbahninspektoren und Regierungsräten etwas weiter vom Bahnhof gutes Trinkwasser in ergiebiger Menge gefunden. Bei einem ständigen Probepumpen wurden über 2000 Kubikmeter Wasser zutage gefördert, ohne daß der Wasserspiegel sich um eine Kleinigkeit gesenkt hätte. Wasser war also da, aber, und nun kommt der Knalleffekt, der Eisenbahnminister versagt: aus Sparsamkeitsrückichten die Aufstellung einer Dampfmaschine, die das Wasser nach dem Bahnhofe drücken soll. Die Bohrerschicht wurde angewiesen, die eingesenkten Röhre wieder herauszureißen und die Bohrlöcher wieder zuzuschütten. Mit dieser Arbeit ist man augenblicklich beschäftigt.

Es geht also wirklich nichts über die preußische Sparsamkeit.

Zu den Schiffsabgaben

nahm der sächsische Handelskammertag Stellung. Er trat einstimmig einem Beschlusse bei, in dem gesagt wird, daß alle seine grundsätzlichen Bedenken gegen die Erhebung von Schiffsabgaben weder durch den Gesetzentwurf noch durch die Erklärungen des Reichskanzlers und des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs irgendwie auch nur abgeklärt, geschweige denn behoben worden sind.

Sege gegen studentische Freiheit.

Eine Anzahl antisemitische und konservative Abgeordnete und Agitatoren hatten zu Freitag nach Berlin eine Versammlung einberufen, die sich gegen die freie Studentenschaft Leipzig richten sollte, die den Reichsverband Henri ci gelegentlich eines Vortrags Versteins abfallen ließ. Die Berliner Versammlung gestaltete sich zu einer antisemitischen Kadavorkomödie, in der jeder anders Denkende niedergebrellt wurde.

Die Universitätsbehörde in Halle untersagte der dortigen freien Studentenschaft eine Versammlung, in der Genosse S i d e k u m über das sozialdemokratische Parteiprogramm reden sollte. Die freien Studenten wollten sich von allen Parteien Vorträge über deren Programme halten lassen.

Der preußische Landtag

ist zum 10. Januar einberufen worden. Dem Landtag werden in der nächsten Session vermutlich zugehen: das Feuerbestattungsgesetz, ein Entwurf über die Schulpflicht Taubstummer, ein Entwurf über den Fortbildungszwang in Gemeinden über 10 000 Seelen, ein Entwurf über ländliche Pflichtfortbildungsschulen, ein Zweckverbandsgesetz für größere Gemeinden, eine Vorlage über die Einführung des Schleppmonopols auf preußischen Wasserstraßen, ein Entwurf betreffend Bekämpfung des Prämienloschwindels und ein Starkstromgesetz. Zwei besonders wichtige Vorlagen, die Neuregelung der Einkommen- und Ergänzungssteuer, sowie ein Wasser- und Fischereigesetz sind noch nicht bis zur Beratung im Landtag vorgeschritten, werden also die nächste Session nicht beschäftigen.

Zur Fleischnot.

Im sächsischen Ministerium des Innern fand Sonnabend eine Konferenz aus Anlaß der Fleischsteuerung statt. An den Verhandlungen nahmen eine Anzahl Mitglieder des Landes-Kulturrats, die Oberbürgermeister und Vertreter größerer sächsischer Städte, sowie eine Anzahl Schlachthofdirektoren und Fleischermeister teil. Unter den Vorschlägen zur Abhilfe der Fleischnot wurde in erster Linie die Frage erörtert, ob der Forderung nach dauernder oder vorübergehender Besetzung oder Herabsetzung der Fülle auf Vieh, Fleisch und Futtermittel nachgegeben werden könne und welche Möglichkeiten zur Einführung von lebendem Schlachtvieh aus dem Auslande zurzeit gegeben sind. Es wurde ferner die weitere Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Schlachtvieh besprochen und als letzter Punkt, ob auf genossenschaftlichem Wege Hilfe geleistet werden kann. Die Verhandlungen sind noch nicht zu Ende, sie dürften voraussichtlich noch am Montag weitergehen.

Unverschämtheit eines „Rechts“-Anwalts.

Am Greifswalder Landratsprozeß, der vor dem Ende steht, forderte nach einem Bericht der „Post. Ztg.“ der Staatsanwalt in der Replik auf die Verteidiger nochmals eine strenge Strafe auch im öffentlichen Interesse: „Sonst könnten andere leicht verlocken, sich eine ähnliche Märtyrerkrone zu verschaffen.“ Rechtsanwalt Dr. Langemak als Vertreter des Landrats Freiherrn von Falkenhayn sagte u. a.: „Wenn der Angeklagte behauptet, der freie Mann, der er war, bleiben zu wollen, dann mußte er auf das Amt eines Gutsverwalters verzichten. Wenn er aber das Amt annahm, dann band ihn der Eid, der ja bei den Freisinnigen noch gelten soll, während er bei den Sozialdemokraten nicht mehr gilt.“

Der pommerische Landrat, dessen Verwaltungsprozeß in diesem umfangreichen Prozeß erörtert wurde, ist sich auch in der Wahl seines Anwalts treu geblieben: es entspricht ganz den Traditionen der Junker, daß ein sogenannter Rechtsanwalt die Frechheit besitzt, an Gerichtsstelle Millionen Männer als Reineidige zu beschimpfen. Die Freisinnigen wollen den landrätlichen Rechtsbeistand wegen Beleidigung verklagen, von sozialdemokratischer Seite wird er solcher Gefahr nicht ausgelegt sein, denn der Mann kann einen Sozialdemokraten nicht beleidigen.

Die Kezerei des sächsischen Prinzen Max

soll von der sächsischen Regierung als dessen Privatfache angesehen werden. Offiziell wird gemeldet:

„In Dresden liegen in der Angelegenheit des Prinzen Max von Sachsen amtliche Nachrichten bis jetzt nicht vor. In maßgebenden Kreisen besteht die Auffassung, daß die Angelegenheit lediglich die Person des Prinzen und seine geistliche Tätigkeit berührt und daher bei diesem Stande der Sache kein Anlaß zu einer Stellungnahme der Regierung gegeben ist.“

Aus dem Altenburger Landtag.

Der altenburgerische Landtag hat gegen den Widerspruch der sozialdemokratischen Abgeordneten an die Regierung bei den Forderungen gestellt, in den Etat 40 000 Mk. einzusetzen für ein Denkmal des vor zwei Jahren verstorbenen Herzogs Ernst I. Ein paar Tage zuvor hat derselbe Landtag 60 000 Mk. bewilligt zu Gehaltsausbesserungen der 120 Geistlichen des Landes. Die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten selbstverständlich auch gegen diese Bewilligung, um die auf solche Art vergeudeteten Gelder zu beschaffen, fordert die Regierung eine Steuererhöhung.

Die nationalliberale Partei Badens hat Freitag beschlossen, für die nächste Reichstagswahl einen Block mit den Linksliberalen, den Demokraten und Freisinnigen zu bilden.

Dänemark.

Die Verurteilung des früheren Justizministers. Das Kriminalgericht verurteilte, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, den früheren Justizminister A l b e r t i wegen Betrugsereien von etwa 15 Millionen Kronen zu acht Jahren Zuchthaus. Außerdem werden ihm die Kosten für Verteidiger und Ankläger von je 1500 Kronen auferlegt.

Finnland.

„Beweis“ für den Waffenschmuggel. Wir berichteten jüngst über die Maßregeln, die der Generalgouverneur Seyn ergreift, um die finnländischen Zollbeamten zu entziehen, indem er die wichtigsten Ämter mit „sicheren“ Leuten aus seiner eigenen Kanzlei besetzt. Wir knüpften hieran die Vermutung, daß hinter diesen Ernennungen mehr lag, als der bloße Wunsch, gefügige Werkzeuge mit inkonstanten Stellungen zu beschaffen, daß sie den Zweck hatten, den Waffenschmuggel nach Finnland, von dem Herr Seyn mit krankhafter Sehnsucht träumt, in irgend einer Form zu inszenieren oder wenn auch nur der Versuch einer solchen verbotenen Waffeneinfuhr dokumentarisch nachzuweisen. Diese Vermutung erfährt jetzt eine eklatante Bestätigung. Herr Reguel Wolff, ein Großkaufmann aus Wiborg und Bruder des bekannten Politikers und Patrioten Eugen Wolff (beide gehörten zu Sobrikows Zeit unter die ausgewiesenen konstitutionellen Führer) veröffentlicht heute in den finnländischen Zeitungen eine Mitteilung, nach welcher ohne sein Wissen bei englischen Waffenfabriken auf seinen Namen große Bestellungen auf Gewehr und Schießbedarf angemeldet worden sind. Herr R. Wolff hat nie derartige Anfragen oder Bestellungen gemacht und erklärt, daß seine Namensunterschrift auf jenen Briefen, von denen er bei den betreffenden Firmen Einsicht genommen, gefälscht ist. Man fragt sich nun: von wem gehen diese mystischen Waffenbestellungen aus? Qui bono? Ein Nutzen erwächst daraus nur denjenigen, die Finnland verderben wollen. Dies ist die gefährlichste der vielen Fronten, auf denen die Finnländer heute zu kämpfen haben, denn hier kämpfen sie in vollkommenem Dunkel und mit gebundenen Händen.

England.

Das Wahlergebnis. Bisher sind gewählt: 268 Liberale, 271 Unionisten, 43 Vertreter der Arbeiterpartei, 73 Anhänger Redmonds und 9 Anhänger O'Briens. Die Liberalen gewinnen 23, die Unionisten 28 und die Arbeiterpartei vier Sitze.

Japan.

Ein fürchterlicher Justizmord. Aus Japan schreibt dem „Vorwärts“ ein Genosse: Seit Monaten werden die Sozialisten von der Regierung unarmherzig verfolgt und gehegt. Man hat sie aller konstitutionellen Rechte beraubt und geht in der Barbarei schon so weit, daß selbst die durch und durch sozialistenfeindliche und reaktionäre Presse Protest erhebt. Vor einigen Monaten hat man ein Duzend Sozialisten unter der Anklage des Hochverrats verhaftet; seitdem sind in der Provinz fort und fort Verhaftungen unter der gleichen Anklage erfolgt. Nähere Umstände sind nicht zu erfahren; da die Presse weder über die Verhaftungen noch über den stattfindenden Prozeß etwas mitteilen darf. Es heißt, daß 70 Personen verhaftet und 151 Personen in Untersuchung gesetzt worden sind. In den letzten Tagen soll der Prozeß vor dem höchsten Gericht — eine Berufung ist also ausgeschlossen — stattgefunden haben. Es heißt, daß 14 oder sogar 40 Todesurteile verhängt worden sind! Das Urteil soll heimlich vollstreckt werden. Auch Dr. L. Kato, der dem Stuttgarter Internationalen Kongreß beiwohnte, ist verhaftet und seine Schriften konfisziert. Von allen Verhafteten fehlen seit Monaten alle Nachrichten. Soweit unter Genossen. Nun erzählt der „Vorwärts“ von anderer Seite die fürchterliche Tatsache, daß die unheimlichen Gerüchte nicht getrogen haben. Dr. Denjiko Kotoku, seine Frau und 24 Sozialisten sind unter der Beschuldigung einer Verschwörung gegen die kaiserliche Familie von einem besonderen Gerichtshof im geheimen Verfahren zum Tode verurteilt worden. Dr. Kotoku ist ein glänzender Schriftsteller, der sich später zum Sozialismus bekehrte und Werke von Karl Marx, Tolstoi, Bakunin und Kropotkin überlegt hat. Er gab auch eine Zeitschrift heraus, die der Verbreitung eines kommunistischen Anarchismus diene und von der Regierung unterdrückt wurde. Den Geheimprozeß, den die japanische Regierung veranlaßt und der zu einem so fürchterlichen Massenmord führen soll, beweist die Barbarei und innere Rohheit der herrschenden Klassen Japans. Der beginnende Kapitalismus hat über die japanischen Arbeiter alle Grauel verhängt, die wir aus den Anfängen des Kapitalismus in Europa kennen. In dem ökonomischen Elend fügt die schwache Schicht der Herrschenden, deren Korruption und Bestechlichkeit in zahlreichen Finanzskandalen zutage getreten ist, die politische Unterdrückung, die vor keinem Wort und keiner Gewalttat zurückweicht. Erfolg wird dies schwächliche Regieren auf die Dauer nicht haben. Aber es enthält das niedrige Niveau der japanischen Machthaber und es berichtigt gründlich die voreilige Meinung, als ob Japan heute schon unter die Kulturstaaten zu rechnen wäre.

Die Bürgerchaft und die Beamtengehälter.

P. L. Die Bürgerchaft fekte am Sonnabend abend die Beratung des Beamtenbesoldungsetats fort. Zunächst handelte es sich noch um untere und mittlere Beamte. Diese Interessierten die Mehrheit der Bürgerchaft nur in verhältnismäßig geringem Maße. Das merkte man an der ganzen Debatte, die den sehr anerkenntenswerten Vortrag der Kürze hatte, und an der Ablehnung der meisten im Interesse der in der Vorlage wenig bedachten Beamten gestellten Anträge.

Von den mittleren Beamten hatte der zweite Verwaltungs-Beamte des Polizeiamtes das Glück, persönlich einige Gehaltsklassen aufzurücken. Der Herr ist Mitglied der Bürgerchaft; das kam ihm zufluten. Uns scheint es doch sehr zweifelhaft, ob ihm die erstklassigen Bürgerchaftsmitglieder ein gleiches Wohlwollen erwiesen hätten, wenn er nicht M. d. B. gewesen wäre.

Eine lange Erörterung entspann sich bei der Festsetzung der Richtergehälter. Die Herren beziehen gegenwärtig ein Gehalt von „nur“ 5000 bis 8300 Mk. jährlich. Der Senat wollte nun ihre Dienstalterszulagen wesentlich günstiger gestalten als bisher und ihr Endgehalt auf 8500 Mk. erhöhen. Da ereignete sich dann folgendes: Dieselben Leute, die gar nichts dagegen einzuwenden hatten, daß man die unteren Beamten mit wenigen Groschen Zulage abspießt und einzelnen von diesen überhaupt nichts bewilligt, fanden es als sehr ungerecht, wie hier die Richtergehälter festgesetzt werden sollten. 200 Mark, die man Unterbeamten verweigert hatte, waren plötzlich nichts; 700 Mark jährlich mußten es mindestens sein, wenn man den veräuerten Lebensbedingungen Rechnung tragen wollte. Ein Antrag, das Endgehalt der Richter auf 9000 Mark festzusetzen, wurde von diversen in der Bürgerchaft sitzenden Juristen gestellt und in einer Weise begründet, die bei Unbedeutendsten allgemeines Schilteln des Rufes hervorgerufen mußte. Der Begriff und das Wort G e r e c h t i g k e i t erlitt die schlimmsten Mißhandlungen. Wo war übrigens das Gerechtigkeitsgefühl dieser selben Herren, als es sich um die unteren Beamten handelte? Dort merkte man nichts davon. Auch die Tätigkeit der Richter, die in Vergleich mit derjenigen der Oberlehrer gestellt wurde, hob man ganz besonders hervor. Als ob diese Beamten mehr arbeiten müßten als andere, die weit weniger dafür bezahlt erhalten. In der Debatte sagten sich dann die verschiedensten Redner noch einige ausgeluchte Bosheiten. Sonst hatte die lange Rederei mit der Vorlage wenig zu tun. Unser Genosse S t e l l i n g nagelte das Verhalten der sonderbaren Kämpfer für „Gerechtigkeit“ bei den oberen und für Bescheidenheit bei den unteren Beamten gebührend an. Schließlich wurde, unter Ablehnung aller gestellten Anträge, die Senatsvorlage angenommen. Die Richter müssen demnach in Zukunft um den kargen Sold von 5000 bis 8500 Mk. Recht sprechen. Erwähnt sei, daß das richterliche Bürgerchaftsmitglied für die eigene Gehaltserhöhung stimmte.

Dann legte man den höchstbezahlten südschen Beamten noch ganze Jahresgehälter der untersten Gehaltsklassen hinzu und verlagte sich, da es mittlerweile wieder gegen Mitternacht geworden war, auf den heutigen Montag abend. Dann hofft man bestimmt mit der Vorlage fertig zu werden.

Aus Lübeck und Umgebungen.

Montag, den 19. Dezember.

Gefängnisstrafen gegen angeklagte Sozialdemokraten und Gewerkschaftler sollen auf Anweisung des Ersten Staatsanwalts die Vertreter der Anklagebehörde in allen Fällen verlangen. So wurde uns vor einiger Zeit von juristischer Seite geschrieben; und zwar anlässlich der Verurteilung des Genossen Löwig wegen angeblicher Beleidigung eines Fackenburgers Lehrers. Damals hatte der als Staatsanwalt fungierende junge Mann zum Erstaunen aller einen Monat Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt, obwohl von diesem der volle Wahrheitsbeweis erbracht worden war. Die juristische Zuschrift an den „Lübecker Volksboten“ wurde auch von keiner Seite demontiert. Am Sonnabend fragte nur in der Lübecker Bürgerchaft Genosse Stellung bei der Gehaltserhöhung für den Ersten Staatsanwalt an, ob diesem seine große Zulage etwa für die oben angeordnete Anweisung gegen die Roten und „Streifer“ gewährt werden sollte. Staatsanwalt Dr. Benda ergriff darauf das Wort, aber nicht etwa, um die Meldung kurz und bündig zu demontieren; sondern nur um zu sagen, daß sie so „unhöflich“ und „töricht“ sei, daß er eine Antwort darauf nicht für nötig gehalten hätte. Damit ist in Wirklichkeit eigentlich gar nichts bestritten. Unwillkürlich kommt uns bei dieser Gelegenheit die Tatsache in den Sinn, daß gelegentlich der Budgetberatung dem Ersten Staatsanwalt zum Vorwurf gemacht wurde, er hätte generell die Anweisung an die Staatsanwaltschaft ergehen lassen, in allen Fällen, in denen Verurteilte Berufung einlegen, auch ihrerseits das gleiche zu tun. Damals wurde diese Behauptung ebenfalls in der Bürgerchaft in solcher Weise demontiert, daß die meisten der Anwesenden nur noch fester von der Richtigkeit derselben überzeugt wurden.

Wichtigkeit der Unfallmeldung. Nach den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes muß jeder Betriebsunfall, durch welchen eine Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, die eine völlige oder teilweise Erwerbsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge hat, von dem Betriebsunternehmer der Ortspolizeibehörde und der in Betracht kommenden Berufsgenossenschaft gemeldet werden. Die Unfallmeldung hat binnen drei Tagen nach dem Tage zu erfolgen, an dem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntnis erhalten hat. Wenn ein Unfall gemeldet ist, hat die Ortspolizeibehörde die weiteren Erhebungen zu veranlassen und wenn eine Erwerbsbeschränkung über 13 Wochen hinaus vorhanden ist, die Unfalluntersuchungsverhandlungen durchzuführen. Die Meldung eines Unfalles kann natürlich nur dann erfolgen, wenn der Unternehmer Kenntnis davon erhält, es hat deshalb jeder Arbeiter die Verpflichtung, jede auch die kleinste und unbedeutendste Verletzung dem Vorgesetzten oder Betriebsunternehmer zu melden, wenn er später Ansprüche an die Berufsgenossenschaft stellen und mit seinen Ansprüchen durchbringen will. Wenn der Unfall gemeldet ist und auch nach Abschluß des Verfahrens eine nennenswerte Erwerbsbeschränkung nicht mehr vorhanden ist, später aber Verschlimmerung eintritt, kann jederzeit Rente beantragt werden. Ander ist dies, wenn der Unfall nicht gemeldet wurde. In solchen Fällen ist die Sache schon von vornherein verloren, weil die Berufsgenossenschaft bestreitet, daß ein Unfall

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 17. Dezember 1910.

Vorsitzender Dimpfer eröffnet um 6 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über die

Revision des Beamtenbesoldungsetats.

Schenburg beantragt die Hafenmeistergehilfen mit den Oberlotsen gleichzustellen. Der Bürgerausschuß sei seinerzeit über die Eingabe hinweggegangen. Er könne den Wünschen nur zustimmen, denn das Grundgehalt (2100—3300 Mk.) erfahre dadurch keine Änderung, nur die Alterszulagen würden anders geregelt.

Senator Dr. Stoofs: Die frühere Zulagerung des Senats, Hafenmeister und Oberlotsen gleichzustellen, schließt eine dauernde Gleichstellung nicht in sich. Es ist zu beachten, daß die Hafenmeister aus unteren Stellen aufrücken.

Die Ziele unterstützt den Schenburger Antrag. Lippert befürwortet ebenfalls den Antrag Schenburg. In Klasse 6 bleibe nur noch der Wasserschutzgehilfe, den man ebenfalls in Klasse 7 verlegen sollte.

Senator H. Evers: Die Anforderungen, die an die Hafenmeistergehilfen gestellt werden, sind nicht so groß wie die an die Lotsen gestellten. Ich warne daher, die Verlesung vorzunehmen.

Meinke widerspricht ebenfalls. Wendfeld: Bei den Lotsen wird allerdings ein Befähigungsnachweis für große Fahrt verlangt; deshalb kann dem Ersuchen der Hafenmeistergehilfen aber doch entsprochen werden.

Schenburg verteidigt nochmals seinen Antrag; es werde von den Hafenmeistergehilfen ebenfalls eine entsprechende Prüfung verlangt. Der Senat habe sich f. Zt. selbst für die Verlesung ausgesprochen.

Die Anträge von Schenburg und Lippert werden angenommen. Klasse 6 ist damit aufgehoben.

Klein beantragt zu Klasse VIII: die Alterszulagen auf 2 mal 300 und 5 mal 200 Mark festzusetzen und begründet diesen. Die im Reich angestellten Beamten hätten einen weit höheren Gehalt. Nachdem die Bürgerschaft meinen Antrag betr. der Titeländerung abgelehnt hat, kann ich hier einen derartigen Antrag nicht stellen, das bedaure ich, hoffe aber, daß demnächst dem Wünsche doch entsprochen wird.

Heinsohn weist darauf hin, daß in der Hochbaudirektion Diätäre lange Jahre tätig sind, aber eine feste Anstellung nicht besitzen. Hier sollte baldigst Wandel geschaffen werden.

Senator Dr. Stoofs: Der Antrag Klein würde wieder Mehrkosten verursachen.

Düring wünscht eine bessere Regelung der Beamtenkategorien in der Baudeputation und tritt besonders für die Bauwarte und Katastrageometer ein. Die Frage, welcher Kategorie die mit Hochschulbildung und sonstiger technischer Vorbildung ausgestatteten Beamten zuzurechnen sind, ist nicht ganz klar. Vorläufig müsse dem Senatstrang zugestimmt werden.

Glaser hätte die Bauwarte erster und zweiter Klasse am liebsten in einer Klasse vereinigt gesehen, er stellt einen dementsprechenden Antrag.

Senator H. Evers: Die Bürgerschaft hat seinerzeit dieser Verlesung nicht zugestimmt, ich möchte auch heute bitten, dem Glaser'schen Antrag die Zustimmung zu verweigern.

Heinsohn stellt ein Ersuchen, die Diätäre event. fest anzustellen.

Der Antrag Glaser wird abgelehnt.

Der Senatstrang über Klasse 8 wird angenommen, der Zusatzantrag Klein abgelehnt.

Dr. G. Meyer will den Antrag Heinsohn abgelehnt wissen. Die Reorganisation der Verwaltungsbehörden sei so wie so bald in Aussicht genommen.

Fehling möchte dieser Sache nicht vorgegriffen wissen, nachdem bei der letzten Budgetberatung der Antrag abgelehnt worden sei.

Heinsohn zieht seinen Antrag zurück, Rosenquist nimmt ihn wieder auf.

Der Antrag Rosenquist wird abgelehnt.

Zu Klasse 9 stellt Klein den Antrag, das Gehalt der Bauwarte der Kanalverwaltung auf 2500, 5 mal 800 und 2 mal 200, Endgehalt 4400 Mk. festzusetzen und demgemäß eine neue Gehaltsklasse zwischen IX. und X. einzufügen. In seiner Begründung hebt Klein hervor, daß man die Fachbildung der Techniker außer acht gelassen habe. Auch die Vielseitigkeit und Verantwortlichkeit spreche für die Verlesung seines Antrages.

Heinsohn: Der Wohnungskontrolleur ist erst seit Jahresfrist angestellt, deshalb ist eine Verlesung in der Gehaltsklasse noch nicht angebracht.

Rößler tritt für den Antrag Klein ein. Böhs: Wohnungs- und Bauwarte sind in der Vorbildung vollkommen gleich. Deren Fachkenntnisse stehen den anderen Technikern nicht nach.

Man ta tritt ebenfalls für den Kleinschen Antrag ein. In preussischen Staats- und Gemeindebetrieben erhalten diese Beamten bei weitem höhere Gehälter, und das Endgehalt erreichen sie bedeutend früher.

Senator H. Evers: Die Vergleiche mit anderen Städten sind hier unangebracht. Ich bitte äußerst vorsichtig in der Gehaltsverlesung zu sein.

Die Senatstränge über Klasse 9 wird angenommen, der Antrag Klein abgelehnt.

Zu Klasse 10 beantragt Prof. Dr. Müller den Bureauvorsteher der Oberschulbehörde in Klasse 11 zu verlegen und begründet seinen Antrag. Die umfangreiche Tätigkeit dieses Beamten und die ihm unterstellte Zahl der Beamten berechtige die Verlesung.

Dr. G. Meyer kommt auf die Einschätzung der Beamten in der Kommission zurück und glaubt, daß die Klasse 10 im Gehalt eine wesentliche Erhöhung erfahren habe, die nahe an die preussischen Verhältnisse heranreicht. Die Sekretäre sind sich in jeder Stellung gleichwertig; eine besondere Heraushebung einzelner würde unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Wenn Sie einen Beamten jetzt in eine andere Klasse verlegen, müssen Sie auch mit allen anderen so verfahren.

Senator Dr. Stoofs pflichtet den Ausführungen des Vorredners bei, gleicher Meinung ist Pastor Evers.

Prof. Dr. Müller bedauert, daß diese Erwägungen nicht auch gemacht worden sind, als zwei Beamte aus der Klasse herausgenommen worden sind. Er zieht seinen Antrag zurück.

Der Senatstrang über Klasse 10 wird angenommen, gleichfalls Klasse 11 und 12.

Zu Klasse 13 stellt der Bürgerausschuß den Antrag, den zweiten Beamten in der Verwaltungsabteilung des Polizeiamtes in die Klasse 13 zu verlegen.

Mihlam empfiehlt die Annahme dieses Antrages. Durch den jetzigen Zustand würde für den bisherigen Polizeiamt die Nebeneinnahme wegfallen und das Endgehalt dadurch um 100 Mk. vermindert. Die Beamtenbesoldungsvorlage bezwecke aber doch eine Besserstellung der Beamten, die in diesem Falle trotz der persönlichen Zulage nicht eintrete.

Dr. Görz vertritt den Antrag des Bürgerausschusses, statt 4000—5000 Mk. 4600—7200 Mk. für den Posten einzustellen, mit dem Zusatz: aber nur für den jetzigen Inhaber.

Senator Dr. Stoofs: Der Senat wird, wenn die Bürgerschaft den Antrag annimmt, sich dem Beschluß nicht widersetzen.

Dr. Benda will zuerst über den Antrag Dr. Görz abgestimmt wissen.

Dahms möchte auch den Inspektor der Senatskanzlei in Klasse 13 verlegt sehen und stellt einen entsprechenden Antrag.

Senator Dr. Stoofs tritt dem entgegen. Der Antrag von Dr. Görz wird angenommen.

Dahms zieht seinen Antrag zurück. Der Senatstrang über Klasse 13 mit der Abänderung wird hierauf angenommen, auch Klasse 14 wird genehmigt.

Zu Klasse 15 stellt Lauenstein den Antrag, den Staatsärzten in Klasse 18 zu verlegen.

Der Antrag wird abgelehnt, die Senatstränge über Klasse 16 und 17 werden ebenfalls nach der Senatstrangfassung angenommen.

Zu Klasse 18 liegen verschiedene Abänderungsanträge vor. Dr. Görz und Genossen beantragen u. a., die Richter in eine neu zu schaffende Gehaltsklasse 18a zu verlegen. (5000—9000 Mk.)

Fehling hebt die besondere Stellung der Richter in der Beamtenenschaft hervor, die sie seit jeher darin eingenommen hätten. Bei der Gehaltserhöhung im Jahre 1892 schon sei die Besoldung als nicht ausreichend bezeichnet worden. An die Lübeckischen Richter würden hohe Anforderungen gestellt; sie müssen außer dem Reichsrecht Kenntnis des perzipierten speziellen Landesrechts besitzen. Die Zulage, die den Richtern zugesprochen werden soll, ginge zum größten Teil durch die erhöhten Einkommensteuern wieder drauf. Unten und oben werde gegeben, nur der Richter bekomme nichts. Die Erhöhung mache gerade zwei Groischen für den Tag aus. Der Senat habe den Grundsatz aufgestellt, Richter und Oberlehrer gleichzustellen, dadurch würden die Richter benachteiligt; wenn man Ruhe haben wollte, dürfe an dieser Aufstellung nicht festgehalten werden. Die Oberlehrer verständen eben besser, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Richter hätten sich tatsächlich gut benommen, wie es ihrem Amte gezieme, und keine Eingaben zur Gehaltsregulierung gemacht, das dürfe die Bürgerschaft aber nicht abhalten, ihre Tätigkeit gerecht einzuschätzen. Redner geht auf die besonderen Verhältnisse der Oberlehrer und Richter ein und widerspricht der Auffassung, die Richter seien im Verhältnis zu denjenigen der Oberlehrer minderwertiger. Es hiesse zwar, die Oberlehrer seien die Erzieher des Volkes, dem müsse er aber widersprechen, sie vermittelten zwar den Kindern der gebildeten Stände die Bildung, aber erziehen müssen die Eltern die Kinder; höchstens die Volksschullehrer kämen als Erzieher in Frage. Der Richter habe auch mehr Schwierigkeiten zu überwinden, bis er feste Anstellung gefunden. Das Richteramt müsse entsprechend gewertet werden. Die Oberlehrer hätten viel Nebenverdienst, der beim Richter im günstigsten Falle nur minimal in die Erscheinung trete. Der Hinweis auf Preußen sei nicht stichhaltig, denn er werde doch bei allen anderen Beamtengruppen nicht in Betracht gezogen, nur bei Richtern und Oberlehrern mache man diese Ausnahme. Unerböt sei das Bestreben der Oberlehrer, dahin zu wirken, daß andere nicht mehr verdienen sollen wie sie selbst. Sie denken nur immer an sich. Preußen könne hier überhaupt nicht maßgebend sein, sondern die Hansestädte, die einen gemeinsamen Oberlandesgerichtsbezirk bilden, können Vorbildlich wirken. Die Stellung der Oberlehrer in den anderen Hansestädten gehe mit der der Richter nicht konform. Sollte durch die Verlesung der Richter der eine oder andere Oberlehrer Lübeck verlassen, oder gar der Boykott angebroht werden, so brauche man hierauf nichts zu geben. Das gefährliche Prinzip des Senats, Oberlehrer und Richter gleichzustellen, sollte die Bürgerschaft nicht mitmachen.

Dr. Wittern knüpft an seine Ausführungen in der letzten Sitzung an und polemisiert gegen Dr. G. Meyer und Fehling, der den Gegensatz zwischen Oberlehrer und Richter scharf hervorgehoben habe. Der neue Antrag sei verwunderlich, wenn doch gesagt worden sei, daß die Richter keine Eingabe gemacht hätten. Gerechtigkeit müsse vor allem herrschen. In Deutschland sei seit langem das Bestreben vorherrschend, die Oberlehrer mit den Richtern gleichzustellen, und da dürfe Lübeck keine Ausnahme machen. Die Art der Bekämpfung der Oberlehrerschaft durch Fehling führe uns keiner angenehmen Zukunft entgegen. Die Ausführungen Fehlings über die Aufgaben der Oberlehrer in betreff der Kindererziehung seien unangebracht. Unsere Zeit braucht aufrechte und feste Männer, die die Kinder erziehen, und das

Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(18. Fortsetzung.)

Zweites Buch.

Erstes Kapitel.

„Ich habe nicht umsonst die Reise gemacht, Agathe,“ rief der Burgherr. „Der Minister gehört doch nicht ins Reich der völlig unvernünftigen Kreaturen, und so ein Bureau-mensch ist nicht ganz so schlimm, als ich ihn mir gedacht habe. er hat's offen ausgesprochen, daß alle historischen Rechte um jeden Preis zu konservieren seien und nannte mich eine treue Stütze des Throns und der Verfassung.“

„Versprechen und halten sind eben zweierlei Dinge!“ erwiderte die Schwester, in deren Naturell es lag, gerne mit Steinen in anderer Leute Blumengarten hinein zu hageln.

„Du bist doch eine rechte Unkel!“ rief Herr von Plümeran.

„Gott bewahre! — Wirklich, Du bist ein liebevoller Bruder!“

„Und Du bist, wahrhaftig, auch nicht mit Liebessüchtigkeits aufgenudelt!“

„Schimpfe, so viel Du willst! Und ich will Deine Hoffnungen und Deinen Glauben an die Dir gemachten Versprechungen keineswegs anzweifeln. Was ich gesagt habe, habe ich sicher aus gutem Herzen gesagt. Aber ich bin es schon gewohnt, verkannt zu werden.“

„Weshalb soll ich an dem Wort des Ministers zweifeln? Es ist ein Wort von einem Edelmann zu einem Edelmann gesprochen. Und sein Wort halten ist das Grundgesetz eines Edelmannes, und der Edelmann, der es einem Edelmann bricht, häuft eine Schande auf sich, die mit hunderttausend Wagen nicht fortzuschaffen ist.“

„Aber man hat Exempel und Beispiele —“

„Wozu? Daß ein mecklenburgischer Edelmann sein Wort einem Edelmann gebrochen? Nein. Haben wir nicht die Verleumdung der Privilegia aller und eines jeden mit Gut und Blut einzustehen? — Gemeinem Volke braucht man das Wort nicht zu halten, denn dieses ist seit lange

in Empörung gegen uns begriffen und hat dadurch jeglich Recht verwirkt. Aber einem Edelmann, dem ist's zu halten.“

„Nun, ich wünsche den besten Erfolg, aber —“

„Ich möchte Dein verfluchtes Aber einem zehnjährigen Fuchs an den Schwanz binden und dann mit voller Meute hegen! Ich möchte, daß es Dich hunderttausend Kobold schießen mache, und daß sich dabei aller Welt präsentierte, was sich bei dem Fräulein von Knote einst auf dem Ball vor dem König von Dänemark präsentierte! Aber, aber und immer aber! Aber ich will mich nicht ärgern! — Alter Gallapfel, leg Dich in's Gäß, daß Du zu schwarzer Tinte wirst. Du's aber selber, ich will mich nicht damit beschmutzen! — Kommt man zu Haus, so trachtet der Rabe.“

„Du benimmst Dich wirklich sehr ritterlich, sehr chivaleresk, Hans! Liebe jedoch so viel es Dir gefällt. Mich werden diese Mauern hoffentlich nicht lange mehr umfassen, und es wird sich wohl noch eine Stätte finden, wo die Verdienste Deiner Schwester besser gewürdigt werden und man ihr mehr mit der wohlverdienten und schuldigen Achtung begegnet. Nur Liebe zu Deiner Tochter und zu Dir haben mich bisher hier gehalten, aber — doch ich will nicht weiter reden! — Adieu, mein höflicher Herr Bruder, und der Himmel lasse alle Deine Hoffnungen Dir wohl gedeihen!“

Fräulein Agathe schritt mit hoherhobenem Haupte zur Tür hinaus. Herr von Plümeran dagegen öffnete ein Fenster und rief dem Inspektor zu, daß er Feierabend machen und die Musikanten kommen lassen solle, denn das Dorfvolk solle heute im Milchenhaufe tanzen, weil ein frohes Ereignis dem Hause Plümeran in Aussicht stehe. Dann ergriff der gestrenge Herr seinen Handstock und seine Mütze und ging in's Freie. Einen langen, schmalen Erdbamm verfolgend, welcher durch ein großes Moor führte, gelangte er nach einiger Zeit zu den Trümmern seiner Ahnenburg. Die Burg Plümeran, im dreizehnten Jahrhundert auf einer uralten wendischen Burgstätte mitten in einem Sumpf erbaut, war lange Zeiten hindurch ein Schrecken der Kaufleute. Bis nach Rommern und Lauenburg trieben ihre Besitzer den Stegreif, und in ihren Verlöben hatte mancher Bürger ein schreckliches Ende genommen. Zu Ende des vierzehnten Jahrhunderts waren die Plümerans das mächtigste Geschlecht Mecklenburgs. Städte, Bälle und Ämter waren ihnen verpfändet und sie hatten Privilegien erworben,

die kein anderes Adelsgeschlecht aufzuzeigen hatte. Ritter Claus Plümeran hielt stets fünfzig Reilige zu Ross und hundert Fußknechte in seiner Burg, und sein Sohn Jürgen war so reich, daß er in eine benachbarte Kirche einst ein goldenes Christkindlein, in einer silbernen Wiege liegend, stiftete. Wie die Sage geht, ward ihm diese Munizität jedoch bald leid, und er holte zur Nachtzeit wieder, was er am besten Tage gekostet hatte. Aber die Erfindung des Schießpulvers machte der Plümeran Herrlichkeit ein Ende. Im Jahre 1465 wurden die wendischen Hansestädte über einen Zug wider die hochadeligen Räuber einig, und ohne vorher einen Absagebrief zu erlassen, landeten sie einige Mannschäft, die eine lange Kartäune bei sich führten, wider die Burg, und da ein Teil der Besatzung nach Rommern ausgeritten war, so ward die Feste nach kurzer Gegenwehr genommen. Die Hanfen hingen sämtliche Gefangenen, worunter dreizehn Junker von Plümeran sich befanden, bei den Weinen an einem Turme auf, zündeten dann die Baulichkeiten an und sprengten und zerstückelten Mauern und Wall.

Seit dieser Zeit war die Macht der Familie gebrochen. Der einzige übrig gebliebene Junker vermochte die Burg nicht wieder herzustellen, und da der Stegreif ohnehin immer mehr in Verfall kam, so blieb das alte Gemäuer in dem Zustand, in den es die Hanfen verlegt, nur daß im Lauf der Zeiten die Trümmer immer mehr zusammenfielen. Der ehemalige Bergfried, ein mächtiger, runder Turm, hatte den Feinden und der Zeit am besten widerstanden, auch ein Teil des Vorhauses war noch so ziemlich erhalten. Über dem Eingang stand mit eisernen Lettern, in Mönchsschrift, derselbe Spruch, der mit weißer Farbe gepinselt an dem Vorhause des Ackerhofes sich fand.

Mit strahlendem Auge betrachtete Herr von Plümeran diese Inschrift, welche so gut allen Gefahren widerstanden hatte. Er trat dann auf den Schloßhof, welcher mit Trümmern bedeckt und von Haselgesträuch, Schwarzdorn und hohen Ulmen überschattet war. Brommelbeeren, Kesseln und Himbeersträucher rankten sich allenthalben an Mauerresten hinauf. Hier sah man noch einige zusammengefallene Kellergewölbe, dort streckte aus einem halbverschütteten Brunnen ein Ebereschenbaum seine mit roten Früchten beladenen Äste, und aus den Fensterhöhlen des früheren Palastes (Gebäude für die Frauen) guckte statt zarter Fräulein eine alte Rabe schon und wild heraus. (Fortsetzung folgt.)

Velen die Oberlehrer. Die Worte Fehlings über diese Frage wären besser nicht gefallen. Der jetzige Zustand, das man zwischen Amt und den Vertretern des Amtes Unterschied macht, ist zum Teil berechtigt, aber im ganzen müssen die Gehälter freilich für die Unterhaltungsstellen werden. Das aber schließt nicht aus, daß besonders Persönlichkeiten besondere Berechtigung widersprechen lassen. Der jetzige Senatsantrag enthält Härten, die abgemindert werden müssen. Denn 200 Mk. Aufbesserung entsprechen nicht den eingetragenen Teuerungszu- verhältnissen. Alle die Beamten, die bisher in Klasse 18 waren, sollen ein Endgehalt von 8500 Mk. erhalten, jedoch beantrage ich für die älteren Richter ein Endgehalt von 10000 Mk. Das wäre eine durchaus angemessene Erhöhung. Die Richter haben zwar in Lübeck stets ein höheres Gehalt bezogen als die Oberlehrer und die Richter in Preußen; aber die Kommission habe schon 1872 her- vorgehoben, daß die Lübecker Richter keine größeren Anwartschaftsverhältnisse hätten. Des treffe heute nicht mehr zu. Die Richter können an das Oberlandesgericht kommen und auch in die Verwaltung des Lübeckischen Staates, folglich fallen auch die Gründe für den heutigen Senatsantrag weg. Wenn wir Rücksicht auf andere Staaten nehmen sollen, müssen wir dies auch mit den Oberlehrern nehmen. Sollen keine Rangunterschiede zwischen Beamten mit gleicher Vorbildung bestehen, müssen auch die gleichen Gehälter bezahlt werden. Der Kommissionsbericht von 1892 hat schon davor gewarnt, die Tätigkeit gleicher Beamtencategorien ver- schieden zu bemerken. Der heutige Kommissionsbericht hat das Material für die Berechtigung des hohen Anfangs- gehalts der Richter nicht vollständig gesammelt, denn heute treffen die Voraussetzungen hierfür nicht mehr zu. Unsere Richter verdienen gegenüber denen anderer deutscher Staaten keine Verherrlichung. Die Ausführungen des Herrn Dr. Görz über die Kleinischen Bemerkungen betr. des Beamten- standes waren sehr unangebracht, denn die Kleinischen Be- merkungen waren bescheiden, im übrigen hat sich Herr Dr. Görz 1892 weit mehr eine Verherrlichung des Richterstandes geleistet als er Herr Klein in bezug auf die Beamten vorgeworfen hat. In einer Republik dürfen die Rangunterschiede nicht besonders herangestellt werden, wie's nun mit Richtern und Oberlehrern geschehen soll. Redner stellt dann einen Antrag, der eine Herabsetzung des Anfangsgehalts der Richter um 500 Mk. fordert, und der eine verhältnismäßige Gleichstellung der Richter und Ober- lehrer bringt, und sich dem preussischen Vorwurf anlehnt.

Senator Dr. Stooss hält den Antrag Dr. Witterns für vollständig unannehmbar. Das Anfangsgehalt der Rich- ter könne nicht herabgesetzt werden. Der Senat habe nur davon gesprochen, daß Beamte mit akademischer Bildung im Endgehalt gleichgestellt werden sollten. Durch Anrechnung von Dienstjahren für die Richter sollten Härten ausgeglichen werden.

Scharff: Die Debatten waren bis zur Klasse 18 sach- lich und haben hier erst eine ungewöhnliche Schärfe ange- nommen. Nur auf den Beschluß der Kommission hin, die Zulagen der Richter höher zu bemessen, haben die Ober- lehrer Einspruch erhoben. Das statistische Material der Oberlehrer war lachlich, die Rede des Herrn Fehling aber unangebracht. Eine Agitation haben die Oberlehrer nicht veranstaltet. Auch die verächtliche Weise über die Erz- lehrungsfrage wird uns schaden, nicht minder aber auch Fehling selbst. Redner nimmt die Oberlehrer gegen die Angriffe in Schutz und spricht gegen die gestellten Anträge.

Senator Dr. Stooss: Der Senat hat es an Festig- keit absolut nicht fehlen lassen, er betonte nur, die bean- tragte Abänderung gehe aus dem allgemeinen Rahmen heraus.

Prof. Dr. Müller polemisiert gegen die eigenartigen Ausführungen Fehlings in bezug auf die Oberlehrer, die ihn geradezu entrüstet hätten. Herr Fehling habe sich hämisch über die Oberlehrer geäußert und versucht, den Oberlehrern eine untergeordnete Tätigkeit zuzuschreiben. Er hoffe nicht, daß die Fehlingschen Worte die Früchte trügen, die gesät worden seien. Die gegen die Oberlehrer gerichteten Vor- würfe weise er zurück, ebenso die, die sich auf die ange- gebliche Agitation bezögen. Zu bedauern ist ferner, daß den Oberlehrern ihr Nebenverdienst vorgeworfen wird; eine Unter- suchung über diese Angelegenheit ergab, daß drei Fünftel überhaupt keinen Nebenverdienst hätten, und der Nebenverdienst der andern würde auf die Oberlehrer verteilt nur 150 Mk. ergeben. So trifft es auf den einzelnen 328 Mk. Der Nebenverdienst bei den Richtern beträgt prozentual verteilt 180 Mk., ist also höher als bei den Oberlehrern. Das Stu- dium der Oberlehrer dauert länger als das der Richter, es beträgt vielfach 10-12 Semester, während es bei Richtern nur 7-8 beträgt. Der Oberlehrermangel ist doch so groß, daß man sie nicht noch abhalten sollte, nach Lübeck zu kommen, bei den Richtern ist ja bekanntlich das Gegenteil der Fall, sie weisen einen großen Überfluß auf. Viele Ober- lehrer haben es abgesehen hierher zu kommen, weil ihnen die Gehaltsverhältnisse nicht zusagten. Wir sind nun einmal auf Preußen mit den Oberlehrern angewiesen und können uns nicht auf alle Anschauungen stützen, die sich historisch entwickelt haben. Unter 500 nur durch die Hände gegangenen Bewerbungen befanden sich nur 4 aus Lübeck, wir sind also auf Preußen angewiesen, wir müßten es bedauern, wenn sich die Verhältnisse noch weiter verschlechterten würden. Zu den Anträgen kann ich nur bemerken, daß ich den Richtern das Beste gönne, aber den Oberlehrern nichts Schlechteres. Na es möglich wäre, möchte ich bitten, die Rede Fehlings nicht der Öffentlichkeit zu unterbreiten, denn sie würde uns unermesslichen Schaden bringen.

Dr. Görz rechtfertigt seine Stellung als Kommissions- mitglied im Jahre 1892 und hebt seine Unparteilich- keit in dieser Frage heraus. Die Gleichstellung der Richter und Oberlehrer habe ihren Ursprung in Preußen. Der Richter habe von jeher in Preußen die erste Stellung eingenommen. Nicht um die Ge- haltsfrage habe es sich dort in erster Linie gehandelt, son- dern um die Rangstellung. Jurist und Beamter standen den Lehrern voran. Erst die Schlacht von Königgrätz habe ge- zeigt, was der Lehrer geleistet habe, denn diese Schlacht habe der deutsche Schulmann gewonnen. Soweit die Lehrer in Preußen um Rang und Gehalt mit den Richtern gekämpft haben, sind auch wir der Entwicklung gefolgt; die Hanse- städte aber weisen doch eine ganz andere Entwicklung auf. In Bremen werden die Richter sogar von Senat und Bürger- schaft gewahrt. Ein Unterschied in Rang und Stand gibt hier nicht, nur dem Senat als Ganzes erkennen wir über- geordnet an. Aber bei den übrigen Beamten ist bisher kein Rangunterschied vorhanden. Den haben erst die preussischen Oberlehrer herbeigetragen, indem sie die Gehaltsfrage mit der Rangfrage verwechselten. Die Tätigkeit der Lübeck- schen Richter ist eine bedeutend verantwortungs- vollere als in Preußen, denn er hat nur eine Behörde, das Oberlandesgericht über sich; auch an das Wissen der beson- deren Landesgesetze werden große Anforderungen gestellt. Wenn die Richter seit 1892 keine Gehaltserhöhung erhalten haben, dürfen wir uns heute nicht an bloße Formen halten. Der Standpunkt des Senats ist hier vollständig zugunsten einer nicht recht motivierten Gleichmacherie ein. Die Ober- lehrer in Lübeck haben einen Vorteil; das ist die Schriftfreiheit, die weit mehr gewährleistet ist als in Preußen. Gerade in den Hansestädten ist das Schicksal für einen jungen Oberlehrer bes. Sie müssen um der Gerechtigkeit willen dem Richter

stand eine Erhöhung zubilligen. Herr Dr. Wittern wolle eine Scheidung der Richter in der Gehaltstabelle einführen, die zu verwerfen sei. Das Endgehalt der Richter um 500 Mk. zu erhöhen, sollte bewilligt werden.

Vorator C. v. S. ist mit dem Grundgedanken des Wittern- schen Antrages, den jetzt im Amte befindlichen Richtern eine weitere Gehaltserhöhung zuzubilligen, einverstanden, mit der Ausführung aber nicht, denn das Anfangsgehalt herabzusetzen wäre eine Ungerechtfertigung. Ein Mangel an Idealismus liege weder bei den Oberlehrern noch bei den Richtern vor. Auch mit dem Nebenverdienst ist es nicht so weit her, es liegt auch nicht im Interesse der Schule, wenn die Oberlehrer ihre Kraft noch anderweitig vermerten. Redner kommt auf die Standesvorhebung zu sprechen und die eigenartigen Verhältnisse der Hansestädte. Der Hamburger Senat habe auch beantragt, die wesentlichen Standes- und Gehaltsun- terschiede der Richter und Oberlehrer abzuschaffen. Erst nach 20 Dienstjahren sollen die Richter höher stehen als die Ober- lehrer. Was nun vorteilhafter sei, die von Lübeck oder von Hamburg vorgeschlagene Regelung, sei noch eine Frage. Jedenfalls möchte er bitten, an der Senatsvorlage festzu- halten. Beamte mit gleicher Vorbildung müßten gleich be- soldet werden. Durch Annahme des Senatsantrages würde man den beiden für das Staatswesen wichtigen Ständen gerecht.

Dr. G. Meyer tritt Dr. Wittern entgegen. Die Be- schlüsse der Kommission sind einstimmig gefaßt, persönliche Interessen sind von keinem Juristen hier in der Bürgerchaft verfochten worden. Persönliche Debatten dürfen hier nicht geführt werden. Den Antrag Dr. Wittern bitte ich abzulehnen, denn das wäre keine Wohltat. Die Richter müßten diese Zumutung ablehnen. Wenn nur die heutigen Richter einen höheren Gehalt erhalten sollen, wäre es sehr un- gerecht.

Dr. v. Brocken findet es gerecht, das Endgehalt für die jetzigen Richter höher zu setzen.

Senator Dr. Stooss: Es ist bedauerlich, daß nach Lage der Verhältnisse den Richtern kein höheres Gehalt zu- gebilligt werden kann. Der Senatsantrag trifft das Richtige.

Dr. Wittern: Ich habe Herrn Dr. Meyer nicht vor- geworfen, er verfolge persönliche Interessen. Herr Dr. Meyer steht hier aber nicht als Jurist, sondern als Bürgerchafts- mitglied, deshalb sind seine Ausführungen unangebracht. Den persönlichen Ton hat gerade er herbeigetragen. Redner ist eventuell für eine Abänderung seines Antrages und wendet sich gegen Dr. Görz, der vorgestern selbst bei anderen Positionen für persönliche Zulagen der Beamten eingetreten sei, heute wolle man ihn (Redner), der bei den Richtern für das gleiche Recht eintritt, dies zum Vorwurf machen. Sollen die Oberlehrer im Rang nicht anders stehen als die Richter, müsse man ihnen auch den gleichen Gehalt bezahlen. Der Unterschied für die Lübeckischen Richter treffe nicht zu, in andern Staaten seien außer dem Reichsgesetz doch auch noch besondere Landesgesetze. Durch die Annahme des Antrages von Dr. Görz würde für Lübeck Unheilvolles geschaffen. Wenn Sie meinen Antrag nicht annehmen wollen, dann nehmen Sie die erste oder zweite Senatsvorlage an, die letztere wird aber bald wieder eine Abänderung erfahren müssen.

Der Vorsitzende betont, daß die Witternschen Aus- führungen Verwirrung brächten. Zweierlei Senatsvorlagen seien nicht vorhanden.

Senator Dr. Stooss widerspricht Dr. Wittern ebenfalls.

Professor Dr. Müller: Ähnliche Ausführungen wie sie heute über die Oberlehrer von Dr. Görz gefallen sind, wurden schon im Jahre 1842 in Preußen gemacht. Herr Dr. Görz hat von seinem Gewährsmann kein richtiges Bild erhalten in bezug auf die Verhältnisse der Oberlehrer in Preußen. Einer Suggestion bin ich ebenso wenig wie meine Herren Kollegen unterlegen, mit dem Philologenverein habe ich in dieser Sache überhaupt keine Verbindung; die freie Lehrertätigkeit für Lübeck erkenne ich an.

Fehling hebt nochmals die bedeutend erhöhte Tätig- keit der hantschen Richter gegenüber den preussischen hervor. Daß wir keine Oberlehrerangebote erhalten haben, liegt eben daran, daß Preußen seine Gehaltsregelung durchgeführt hat und wir sie erst durchzuführen im Begriffe sind. Meine Ausführungen sind nicht im mindesten hämisch gemeint, wie Herr Dr. Müller mit vorgeworfen hat, seine Erörterungen tragen eher einen solchen Charakter. Der Redner wendet sich persönlich gegen Dr. Müller und macht eine Bemerkung gegen Dr. Wittern, die darin gipfelte, daß dieser mit Ver- tretern vom Lande erst zusammengetommen sei, um seine Anträge zu unterstützen.

Dr. Richter tritt für den Antrag von Dr. Görz ein, die Oberlehrer würden dies gewiß nicht so über aufpassen. Die Differenz der Endgehälte zwischen Richter und Ober- lehrer ist dann nicht so groß, wie unterschied. Die Ober- lehrer werden durch diese Stellung sicher nicht ihre Kollegen von Lübeck zurückhalten.

Stellung: Es wurde heute abend vielfach betont, daß einzelne Herren keine Verbindungen gehabt hätten, weder mit Oberlehrern noch mit Richtern. Ich erkläre ebenfalls, daß ich noch keiner Richtung hin eine Verbindung gehabt habe, weder mit der einen, noch mit der andern Seite, höch- stens habe ich das Recht gehabt, als Angehöriger mit den Richtern in Beziehung treten zu müssen. (Große Heiterkeit.) Ich habe auch nicht die Absicht, mich in den Streit der Ober- lehrer und Richter einzumischen. Ich bin in der angenehmen Lage des zaghenden Dritten und kann konstatieren, daß die Herren mit Eifer und Eifer gekämpft haben, den Richtern eine Gehaltserhöhung von 500 Mk. zu bewilligen. Es wurde auf die Teuerungszu- verhältnisse hingewiesen. Dabei hat man leider vergessen, daß an der allgemeinen Teuerung die Herren mitgewirkt hatten, die heute dafür eintreten, daß die Gehälter größer werden als in der Senatsvorlage vorgesehene ist. 200 Mark gelten heute nicht als ausreichend. Vorgestern standt Sie noch auf einem andern Standpunkt, als Sie ohne weite- res die unteren Gehaltsklassen durchgehen ließen und meine Anträge ablehnten, sodas einem Teil Beamten gar nichts zugelegt wurde, ja mehrere untere Beamte erlitten Verschlech- terungen. Da hat man nichts gemerkt von dem Wort, das Sie heute so oft im Munde führten: von der Gerechtigkeit. Ich freue mich, daß die Gerechtigkeit eine so große Rolle spielt. Auf die Richter und Oberlehrertätigkeit will ich nicht weiter eingehen, sie steht mit der Materie nicht in Ver- bindung. Der gesunde Menschenverstand wurde noch her- vorgehoben. Der besteht aber scheint nur darin, denen etwas zuzulegen, die es am wenigsten bedürfen, bei denen elende Geldfragen angeblich nicht in Betracht kommen, die von Idealismus erfüllt sind. Bei den unteren Beamten ist dies keine Idealismusfrage, sondern eine solche der Gerechtigkeit. Bei den hohen Gehältern wollen Sie noch mehr zulegen; die kleinen Verbesserungen der unteren Beamtenegehälter, die wir verlangt haben, wurden dagegen von denselben Herren abgelehnt, die heute für die oberen Beamten eintreten. Das wollte ich nur feststellen.

Prof. Dr. Müller polemisiert gegen Rechtsanwalt Fehling; die Oberlehrer habe er nur verteidigt gegen den Vorwurf, sie hätten nicht genügend Arbeit. Dr. Wittern: Wenn Herr Fehling glaubt, ich würde mich mit den Vertretern des Landes erst verhandigen über

die Abstimmung, so hat ihm jemand einen kolossalen Wären aufgebunden.

Aug. Pape: Wir haben keine Veranlassung, den Rich- tern mehr zu geben, als der Senat beantragt. Die Herren müssen sich mit ihrem Gehalte eben auch einrichten wie an- dere Leute. Im Volke hört man oft, die Oberlehrer würden für eine Unterrichtsstunde 10-12 Mk. erhalten, danach ist der Nebenverdienst doch nicht so klein, wie angegeben wird. Ein Richter soll, wie ich gehört habe, an einer Bank im Nebenamt tätig sein und dafür 3000 Mark er- halten.

Der Antrag von Dr. Görz wird abgelehnt. Dr. Wittern zieht seinen Antrag zugunsten desjenig- en von Scharff zurück. Auch dieser wird abgelehnt. Das gleiche Schicksal erleidet der vom Bürgerausschuß ge- stellte.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Bei Klasse 19 trittstert

Stellung die Gehaltserhöhung des Ersten Staats- anwalts um 1500 Mk. Er habe vorgestern schon angeführt, daß eine solche Erhöhung nicht gerecht sei, aus dem ein- fachen Grunde nicht, weil bei den Positionen der unteren Beamten gesagt wurde, wenn die beantragten Erhöhungen vorgenommen würden, koste es dem Staate so und so viel mehr. Dadurch haben Sie die Besserstellung der unteren Beamten verhindert. Ich will keinen Antrag auf Kürzung stellen, aber die Anfrage an den Senat richten, ob der ver- hältnismäßig hohe Anfangs- und Endgehalt des Ersten Staatsanwalts die Anweisung gegeben hat, gegen Sozial- demokraten und Streikende nur Gefängnisstrafen zu bean- tragen, wenn sie vor Gericht stehen, wie von juristischer Seite glaubwürdig festgestellt wurde.

Dr. Benda: Die kürzliche Bemerkung habe ich im „Volksboten“ gelesen; sie war aber so unsinnig, daß ich dar- auf nicht geantwortet habe.

Stellung: Wenn Dr. Benda dies als unsinnig be- zeichnet und behauptet, die Behauptung treffe nicht zu, soll es mich freuen. Bemerkten möchte ich jedoch, daß ein ähn- liches Verfahren auch schon anderswo vorgeschlagen wor- den ist.

Der Senatsantrag wird hierauf angenommen, gleichfalls Klasse 20, 21, sowie die Anträge über Klasse B 1 und 2, Fortbeamte betreffend.

Fortsetzung Montag abend 6 Uhr. Schluß 1/2 12 Uhr.

Gemeinschaftsbewegung.

Reghäuser als demokratischer Redakteur. Der frühere Redakteur des Verbandesorgans der Buchdrucker Ludwig Reghäuser beabsichtigt, in die Redaktion der demokratischen „Konstanzer Abendzeitung“ einzutreten. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Reghäuser ging von Leipzig bekanntlich nach St. Gallen und trat dort in den Verlag der „Schweizerischen typographischen Zeitschrift“ ein, der noch ein politisches Blatt herausgibt, in dem Reghäuser tätig war.

Ein merkwürdiger Ausperrungsgrund. In Döblich bei Leipzig, einem Hauptort der Rauchwarenbranche, haben die Unternehmer etwa 500 Kürschner und Hilfsarbeiter mit der Ausperrung bedroht, falls nicht bis zum 19. Dabr. nachmittags 5 Uhr die Ausschließung dreier Kürschner aus dem Kürschnerverband rückgängig gemacht worden sei. Die drei Mitglieder sind wegen Schädigung der Verbandinter- essen ausgeschlossen worden. Die Kürschner denken natürlich nicht daran, zu tun, sodas am 19. Dezember ein halbes Tausend Kürschnerarbeiten auf der Straße stehen werden. In Rötze stehen auch 70 Kürschner in Kündigung, weil drei Kollegen wegen der Weigerung entlassen wurden, den Unternehmern zustehenden Teil der Krankens- und Jwa- idenversicherungsbeträge zu zahlen. Zugang ist natürlich streng fernzuhalten.

Achtung, Papierarbeiter! Die Arbeiter der Papier- fabrik Dr. Kar l Fues in S a n a u a. M. haben wegen Maßregelungen die Arbeit niedergelegt. Der Lohn beträgt bei dieser Firma 2,80 Mk. bis 3,10 Mk. bei zwölfstündiger Arbeitszeit, Arbeitsangebote sind also nicht so sehr ver- lockend, sodas um Fernhaltung des Zuzuges kaum gebeten werden braucht.

Christliche Streikbrecher in Hausham. Die christlichen Gewerkschaften bleiben ihren Streikbrechergrundsätzen treu. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter proklamirte im oberbairischen Bergarbeiterstreik den Streikbruch für seine Mitglieder. Gut nur, daß dieser Beschluß wenig Bedeutung hat, denn von der 3000 Mann starken Belegschaft der Gruben Hausham und Weisberg sind nur 80 Mann im christlichen Gewerkschaftsverein organisiert.

Scharfmacherei im Kampfe in der Pforzheimer Edel- metallindustrie. Der Arbeitgeberverband für Pforzheim und Umgebung veröffentlicht in der „Post“ unter der Über- schrift: „Die badiische Staatsgewalt unter sozialdemokrati- schem Terrorismus“ eine Darstellung des Streiks. Diese Darstellung, die im Sinne des Unternehmerverbandes gege- ben ist, wird uns weniger interessieren, mehr dagegen die Klage über ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen. Es heißt in der Zuschrift:

Bei diesem auf eine bedeutende Industrie lokalisierten Streit, der Millionen Verluste an Verdienst und Löhnen zur Folge hat und ganz Pforzheim schwer schädigt, zeigt sich wiederum zur Evidenz, daß der wirklich Arbeitswillige so gut wie schutzlos ist. Wir haben wohl den § 153 G. O., die §§ 116 und 240 St. G. B. und endlich § 30 des Pol. St. G. B. Aber leider kam der von Anfang an erbe- tene ausgiebige Schutz erst in den letzten drei Tagen, was es bereits zu spät war, mit dem Vordringen von Schutzleuten und Gendarmerie die Massengereiztheit der Arbeiter aus den Fabriken zu verhindern und die Be- drohung und Abhaltung der Arbeitswilligen in den ein- zelnen etwa 10 Orten der Umgebung auf dem Wege zur Arbeit unmöglich zu machen. Schon am 12. Novem- b e r g i n d e i n e E i n g a b e a n d a s G r o ß h e r z o g l. B e i r a t s a m t und an die Ministerien in Karlsruhe und Stuttgart ab unter Darlegung der Situation. Eine Behörde ver- leht die Unparteilichkeit nicht, wenn sie alle gesetzlichen Mittel anwendet, Arbeitswillige zu schützen, aber sie besorgt ungewollt die Geschäfte einer Partei, welche die persönliche Freiheit mit Füßen tritt und mit Gewalt an Stelle von Vernunftgründen zu überzeugen sucht. Diese Scharfmacherei bei der badiischen und württem- bergischen Behörde scheint ihre Wirkung doch nicht verfehlt zu haben, wie nachfolgende Meldung zeigt: Ne u e n d a r t i g e n z u m S c h u z e e i n e s A r b e i t s w i l l i g e n. Diese weise Fürsorge läßt die Behörde in Württem- berg einem Arbeitswilligen aus der Gemeinde Enzberg angebeihen. Dort sind von 1500 Einwohnern eine größere Anzahl Goldschmiede, die jetzt am Kampfe in Pforzheim mit beteiligt sind; ca. 250 organisierte Arbeiter ruhen auf Hauje nun mal von der ewigen Quälerei aus. Einige Ar- beitswillige von dort konnten ihre Dienste dem Unter- nehmer nicht mehr anbieten, nachdem die Betriebe völlig geschlossen waren. Nur ein einziger Goldschmied wandelt allein täglich zum Dahnhof, er hat das Glück, noch irgend-

wo den Kausreifer spielen zu dürfen. Dem Manne reden nun die anderen zu, doch auch dazubleiben. Darüber schickte sich der Kausreifer belästigt und ersuchte polizeilichen Schutz. Die Behörde war nun wohl der Ansicht, daß die drei schon im Dorfe den ganzen Tag sich langweilenden Landjäger noch Verstärkung haben müßten. Sie sandte sofort noch weitere 6 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung.

Am 15. November — also drei Tage nach der Beschwerde der Unternehmers an die Regierung — erklärten diese Wächter der Ordnung, daß das Streikpolizeistehen von jetzt ab ganz verboten sei, und daß es bei dem geringsten Vergehen sofortige Verhaftung gebe und mindestens für jedes Vergehen 15 Tage Haft. — Die württembergische Regierung will die Vorarbeiten machen, daß der 4. Württembergische Reichstagswahlkreis totschick bei den nächsten Wahlen den Sozialdemokraten zufällt. Sowie lassen wir uns die Mitarbeit der Regierung ja gefallen, aber über das Verbot des Streikpolizeistehens wird noch an anderer Stelle zu reden sein, und zwar echt schwäbisch.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Verhandlung ergibt daselbe Bild wie an den früheren Tagen, speziell wird über die Räumung des Lokals von Lanzrath gesprochen, wobei durch eine ganze Reihe von Zeugen das sinnlose und barbarische Vorgehen der Polizei bei dieser Räumung beleuchtet wird. Aber einer dieser Zeugen macht nachher noch eine Bekundung von einer sehr seltsamen Verschönerung gegen die Polizei. Als er mit dem Zimmermeister Otto eines Tages in das Lokal trat, saßen am Tisch zwei Leute, die ihm Otto als Maurerpoliere bezeichnete und die sich über die Vorgänge unterhielten. Otto sagte zu ihnen mit Bezug auf den Zeugen: „Ihr könnt ruhig weiter sprechen, der ist auch von unserer Partei.“ Darauf erzählten die Leute sich, es würde am dem Abend noch ganz anders werden, man würde die Polizei auf einen Punkt hinführen und sie dann tüchtig bewerfen und ihr möglichst viele Verluste beibringen. Das ist ja auch eingetroffen, denn am Abend war in der Moskofstraße ein Feuer angezündet, sodaß viele Schutzleute drüßlich mußten und gerade in der Moskofstraße wurden die Schutzleute ja auch außerordentlich stark von den Häusern beworfen. Der Zeuge, der im übrigen für die Polizei belastend ausgesagt hatte, hatte seinerzeit sofort dieses Gespräch dem Polizeileutnant Bolte gemeldet, der die Meldung auch weitergegeben hat.

Der Zimmermeister Otto, ein alter, 65jähriger Epileptiker, der in seinem ganzen Leben mit der sozialdemokratischen Partei nichts zu tun haben wollte, ein ehrlicher Bürger und Handwerker, der auch in den städtischen Fortbildungsschulen Unterricht erteilt hat, kann sich dieses Vorganges abolut nicht entsinnen. Als er dem Zeugen gegenübergestellt wird, und der Zeuge ihn an Einzelheiten erinnert, entsinnt er sich wohl, daß er ihn dort an den Tisch gebracht hat, und zu den Leuten gesagt hat: „Sie können ruhig weiter sprechen, das ist ein Mann wie wir,“ er meint eben, auch ein Mann aus unserer Kreise. Darauf gibt der Zeuge zu, daß der Ausdruck wohl so gelautet hat, und daß der Ausdruck Partei dabei nicht gefallen ist.

Von den weiteren Zeugenaussagen erwähnen wir die des Sohnes eines Ministerialbeamten a. D., der sich eines Tages, als er einen Familienbesuch in Moabit machen wollte, vor der Polizei in ein Lokal rettete, aber hier ganz grundlos unter Säbelhieben hinausgetrieben wurde. Er erzählt, daß er dann auf die Polizei gegangen ist, um sich zu beschweren, aber der Leutnant habe ihm einfach gesagt: „Seien Sie froh, daß Sie nicht noch mehr abbetommen haben. In einem anderen Abteil hat der Zeuge gesehen, wie ein einzelner Mann von Polizisten schwer mißhandelt wurde. Im übrigen hat er bezüglich der Kriminalbeamten genau dieselben Beobachtungen gemacht, die bei einer früheren Verhandlung der Schneidermeister Osrath zum besten gegeben hat. Die Verteidigung behält sich vor, um das Verhalten der Kriminalbeamten genau festzustellen, eventuell noch einmal den Zeugen Osrath und eine Reihe von Kriminalbeamten zu laden.

Im Gegenlag zu diesem und einer Reihe anderer Zeugen schilderte ein Obertelegraphenassistent das Verhalten der Polizei im großen ganzen als ruhig. Nachdem dieser Zeuge vernommen war, richtete die Verteidigung an ihn die Frage, ob es ihm bekannt sei, daß ein Postassistent das Wort „Bluthund“ gerufen habe, dafür sühnte sei, daß ihn aber die Polizei sofort entlassen habe, weil es ein Beamter war. Der Zeuge verneinte das. Dummheit beantragte die Verteidigung, die Akten des Königl. Landgerichts I und II der Staatsanwaltschaft am Landgericht I und der Staatsanwaltschaft, sowie des Polizeipräsidenten Berlin und Charlottenburg einzufordern, um festzustellen, in wie viel Fällen Leute bei den Urteilen verhaftet, aber infolge ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht unter Anklage gestellt sind. Der Erste Staatsanwalt widersprach diesem Antrage, er bestritt, daß in irgend einem Falle Rücksicht auf die Personen genommen sei. Die Verteidigung erwiderte ihm schlagend, daß ja der Fall Weidemann das Gegenteil beweise; es stehe fest, daß 200 Sittensünden vorgekommen sind, ohne daß eine Anklage erhoben sei. Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht den Antrag der Verteidigung, sowie einen weiteren Antrag auf Vernehmung des Polizeipräsidenten von Berlin und des

Kriminalkommissars Kuhn mit der Begründung ab, daß sie mit dem schwebenden Strafverfahren in keiner Beziehung stehen und für die Entscheidung des Gerichts ohne jede Bedeutung sind. — Da die Staatsanwaltschaft fortwährend neue Zeugen läßt, verzichtet auch die Verteidigung auf keinen ihrer Zeugen. — Es ist bereits heute festgestellt, daß der Prozeß noch über Weihnachten hinaus dauert. — Montag wird die Verhandlung fortgesetzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Strenge Anwendung der Gesetze wegen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung! Der Reichskanzler hat's für erforderlich gehalten und die Gerichte müssen sich bemühen, diesem Wunsche prompt nachzukommen. Die Strafkammer in Bonn hat's getan. Sie hatte in diesen Tagen das Schlußkapitel in dem bekannten Strafprozeß gegen eine Anzahl Mitglieder vom Bonner Studentenkorps, die wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports und anderer schwerer Ausschreitungen angeklagt waren, zu erledigen. Elf Studenten hatten bereits am 1. Juni d. J. vor der Strafkammer gestanden, von denen fünf freigesprochen und die sechs anderen zu Geldstrafen von 30 Mk. bis 80 Mk. verurteilt worden waren. Diesmal wurde gegen drei Studenten verhandelt. Resultat: Duester (Leutone) wurde freigesprochen, Baumann (Rhenane) zu 30 Mk. und Weill (Westfale) zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die beiden letztgenannten waren geständig, auf der Maschine gestanden, beziehungsweise dem Schaffner die Mütze vom Kopfe gerissen zu haben! Es erscheint angebracht, die der Anklage zugrunde liegenden Vorfälle noch einmal kurz zu schildern. Die Studenten hatten auf einem Extrazuge, den sie sich in Kängsdorf zur Rückfahrt nach Bonn bestellt hatten, während der Fahrt die Lokomotive vom Zuge losgelassen, so daß der Lokomotivführer nur mit großer Mühe verhindern konnte, daß die Wagen auf die Maschine aufstiegen. Dem Beamten wurde die Mütze vom Kopfe geschlagen. In den Wagen löschten die Studenten die Lichter und zerkümmerten eine große Anzahl Fensterscheiben. In Bonn angekommen, wurde ein Schaffner von einem Studenten noch mit einem Glascherben geworfen, so daß er eine Verletzung im Auge davontrug. Jetzt haben die Schüler ihre verdiente schwere Strafe erhalten. Es lebe unsere herrliche preussische Justiz, die beste Förderin unserer Nation!

Aus Nah und Fern.

Ein Chrentag der Berliner Polizei. Unter der Stichmarke „Moabitisches vom 15. Dezember 1910“ bringt die „Berliner Volkszeitung“ folgende gelungene Satire: Wie steht heute die Berliner Polizei da! Der Reichskanzler ist desavouiert! Nicht einmal „vereinzelt“ Mitgariffe sind festgestellt worden. Niemand hat etwas Belastendes ausgesagt. Nicht ein einziger Zeuge hat die Polizei beschuldigt. Nicht einem einzigen Polizeileutnant ist ein Übergriff nachgewiesen worden. Nicht einem einzigen Schutzmänn! Nicht einem einzigen Kriminalbeamten! Ein Chrentag war der 15. Dezember 1910 für die Polizei! Auch nicht eine Seele hat heute an ihrem Verhalten Anstoß genommen. Rein steht heute die Berliner Polizei da! Kein Verteidiger hat heute die Polizei kritisiert. Keine Empörung über Säbelhiebe gegen Frauen und Kinder! Keine Entrüstung über blindes Dreinschlagen auf Unschuldige! Niemand erzählte heute von dem langen Krankenlager eines Gemüthlichen! Die Polizei hat moralisch gesiegt auf der ganzen Linie! Kein Ankläger ist heute gegen sie aufgetreten! Ehre und Ruhm den Leutnants Schutzeuten und Geheimen! Groß recht heute die Berliner Polizei da! Nicht ein Atom von Belastungsmaterial gegen sie wurde heute vorgebracht. Es hat nämlich heute keine Sitzung stattgefunden.

Verhaftung des Grafen Wolff-Metternich. Auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft wurde am Mittwoch in Wien Graf Gisbert Wolff-Metternich, Sekretär der Firma „Auto-Reparatur-Gesellschaft“, auf Schloß Arcen geboren, 26 Jahre alt, wegen Verdachts des gewerbmäßigen Glückspiels verhaftet. Graf Wolff-Metternich hat sich erst kürzlich mit einer bekannten Wiener Schauspielerin vermählt. Seine Verhaftung hängt mit folgender Affäre zusammen: Bei der Berliner Polizei liefen zahlreiche Anzeigen von Persönlichkeiten ein, die von der internationalen Spielerbande Stallmann und Genossen durch Fallschpiel erheblich geschädigt sein wollten. Die Ermittlungen ergaben, daß zu dieser Bande, die unter Führung des früheren Handlungsgehilfen Rudolf Stallmann stand, der jetzt in Untersuchungshaft befindliche Graf de la Kame, die Engländer Newton und Saalis Schwab sowie der jetzt verhaftete Graf Wolff-Metternich gehörten. Insbesondere war es Leutnant Bachhaus, der gerade dann beim Spiel verlor, wenn Graf Wolff-Metternich die Bank hielt. Dem Bachhaus lag der Verdacht auf, daß alle Mitglieder der Bande unter einer Decke stecken und mit verteilten Rollen spielten. Daß Graf Wolff-Metternich verlor, war jener bekannte Trick, den die Bauernfänger anwenden, um ihre Opfer sicher zu machen. Für die Spielverluste, die insgesamt über 80.000 Mk. betrugen, wurden von dem Leutnant Bachhaus Wechsel ausgegestellt. Als der Leutnant sich den Zahlungsbedingungen der

Spierer nicht fügen wollte, erhielt er von ihnen, unter andern auch vom Grafen Wolff-Metternich, fortgesetzt Drohbriefe, in denen ihm mit einer Anzeige bei seinem Regimentskommandeur gedroht wurde, falls er seine Schulden nicht regulieren würde. In Berlin wurde auch ein gewisser Korf-Rönig verhaftet, der mit seinem richtigen Namen Julius Steinmann heißt und ebenfalls wegen gewerbmäßiger Fallschpielerlei mehrfach vorbestraft ist. Die weitere Untersuchung hat ergeben, daß Graf Wolff-Metternich in London auch Betrügereien verübt hat, wobei er sich als Mitglied der dortigen deutschen Botschaft ausgab. So hat er einem Juwelier unter falschem Vorworgegelungen ein Perlentoller in Werte von mehreren tausend Mark herausgelockt und ist von London nach Berlin geflüchtet. Hier hat er einer Frau ein Pferd auf Kredit abgekauft und dieses Pferd sofort veräußert. Der Verkaufete ist ein Neffe des früheren preussischen Gesandten in Hamburg und jetziger deutscher Botschafters Wolff-Metternich in London.

Tod auf den Schienen. Wie aus Berlin berichtet wird, ist Sonnabend früh aus noch nicht aufgeklärter Ursache der Fabrikbesitzer Emil Baake aus Schöneberg zwischen Wildpark und Werder aus einem Personenzuge auf das Nebengleis gefallen und fünfzehn Minuten später von einem entgegengesetzter Richtung kommenden Güterzug überfahren und getötet worden.

Familien-drama. In Reich vergiftete, dem Leipziger Tageblatt zufolge, eine Frau Hoffmann sich und ihre beiden Söhne durch Schwefelsäure. Sie lebte seit einiger Zeit von ihrem Manne getrennt und befand sich seitdem in gedrückter Stimmung.

Vom Zuge überfahren. Aus noch nicht aufgeklärter Ursache ist Sonnabend früh der Fabrikbesitzer Emil Baake aus Schöneberg zwischen Wildpark und Werder aus einem Personenzuge auf das Nebengleis gefallen und 15 Minuten später von einem entgegengesetzter Richtung kommenden Güterzuge überfahren und getötet worden.

24 Stunden an einen Baum gefesselt. In einem Lammgehölz am Altenberge bei Kleinenberg (Byromont) ist am Donnerstag abend von einem Spaziergänger das aus Kleinenberg kommende Mädchen Käthelein an Händen und Füßen gefesselt und an einem Baum gebunden aufgefunden worden. Um das Mädchen am Schreien zu verhindern, hatte man ihm Papier in den Mund gestopft und noch ein Tuch darüber gebunden. Das Mädchen machte die Angabe, es sei am Tage vorher auf dem Wege zur Sparkasse, wo es den Betrag von 400 Mark einzahlen wollte, unweit der Stelle, wo es aufgefunden worden war, von zwei verummumten Männern angehalten, geschlagen, seiner Burschaft und des Rassenbuchs beraubt worden. Das Mädchen hatte 24 Stunden an der bezeichneten Stelle gelegen, ohne einen Ton von sich geben zu können.

Feuersbrunst in Buenos Aires. Durch eine Feuersbrunst, die gestern in einer am Hafen gelegenen Zollniederlage entstand, ist großer Schaden angerichtet worden.

Sunderstüßige Personen an Wurstvergiftung erkrankt. In Protivin in Böhmen sind hundertstüßige Personen infolge Genußes schlechter Wurstwaren zum Teil schwer erkrankt.

Von Einbrechern erschossen. Aus London wird berichtet: Bei dem Versuch, in einem Juwellerladen in Poundsditch Einbrecher zu verhaften, wurden fünf Polizeibeamte durch Schüsse vermißt. Einer von ihnen erlag bald darauf seinen Verletzungen. Die Einbrecher entkamen.

Unwetter in Belgien. Der große Sturm, der an der südbelgischen Küste wütete, hat auch in Belgien viele Vermisungen verursacht und mehrere Unglücksfälle herbeigeführt. In der Nähe von Lüttich war ein Totengraber gestürzt, damit beschäftigt, hart an einer Mauer ein Grab anzukaufeln. Ein heftiger Windstoß riß die Mauer um, und die Steine begaben den Totengraber, der später tot aus der Erde herausgeholt wurde. In der Nähe von Brüssel in Wiltorde, wurde das Dach einer chemischen Fabrik eingerissen. Ein Arbeiter wurde getötet, ein anderer schwer verletzt. Die Maas ist infolge der starken Regengüsse so stark angeschwollen, daß alle Dörfer an ihren Ufern und den Ufern ihrer Nebenflüsse weithin überschwemmt sind. — Der Sturm im Kanal und den angrenzenden Teilen des Atlantischen Ozeans wütet mit unerminderter Heftigkeit weiter. Die Semaphore der Insel Sein signalisieren, wie aus Breit mitgeteilt wird, daß ein deutscher Dampfer von Hamburg, der den Leichter „Selorah“ im Schlepptau hatte, die Trosse tappen und das Schiff auf der Höhe von Armen seinem Schicksal überlassen mußte. — Ein Telegramm aus London meldet: Bei Linnet Head ist ein Schiff auf die Klippen aufgelaufen; die ganze Mannschaft soll ertrunken sein.

Untergang eines schwedischen Dampfers. Die Reederei des Dampfers „Gedric“, der mit einer Besatzung von 16 Mann mit Kohlen auf der Reise von Hull nach Geste begriffen war, hat von dem Kapitän des Dampfers heute ein Telegramm, datiert aus Geste, erhalten, wonach das Schiff gesunken ist. 12 Mann sind ertrunken.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Sonntag nachmittag 1 1/2 Uhr
entfährer-lanit meine liebe Frau
Maria Teege, geb. Prilt,
im 57. Lebensjahre. Dies zeigt
an der tiefbeträubte Witte
Johannes Teege.
Vorbestrafte 8 a.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, dem 21. Dezember,
nachmittags 3 Uhr, vom Tröber-
hause Vorbestrafte 8 a. ausstatt.
Beginn der Trauerfeier 2 1/2 Uhr.
Am 17. Dezember 1910, nachm.
3 1/2 Uhr, starb meine liebe Frau
und meiner Kinder treusorgende
Mutter
Alwine Hehl geb. Karow
im Alter von 47 Jahren. Tief be-
trauert von mir u. meinen Kindern.
Heinrich Hehl.
Die Beerdigung findet statt am
21. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr,
auf dem Stöcksdorfer Kirchhof.
Am Sonnabend vormittag 9 Uhr
entschlief nach kurzem schweren
Leiden im hohen vollendetem Alter
Lebensjahre unsere liebe süße Elita.
Tief betrauert von ihren Eltern
August Kattus und Frau Berfa
geb. Sahnkow.

**Sozialdemokratischer
Frauenverein Stöcksdorf.**
Nachruf!
Unsere treue Genossin
Alwine Hehl
in Stöcksdorf ist nach kurzer
Krankheit am 17. Dezember 1910
gestorben. Ihre ihrem Andenken!
Beerdigung am 21. Dezember.
Versammlung der Genossinnen
12 1/2 Uhr im Vereinslokal.
Die Verrentenperson.
Für die vielen Gratulationen und
Geschenke zur Hochzeit danken herz-
lich
O. Geerds und Frau
geb. Maack.
Logis für 1 oder 2 Herren
zu vermieten. Kleine Burgstr. 29.
Zum 1. Januar zu vermieten eine
Flügelwohnung. Untertrabe 7.
Gesucht für die Morgenstunden
eine **saubere Frau zum Reinmachen.**
Wiedestraße 19. III.
Ein **Damenmantel,** große Figur,
ein langes **Jackett** f. i. W.
Kaiserstraße 35.
Gut erb. **Sandnähmaschine u. Sand-**
harmonika z. verk. Glorinstr. II III.

NEUZEITUNG
Anserlesene, gutbrechende, süßen-
früchte, grüne, gelbe und geschälte
Erbsen, Linsen, weiße und gelbe
Bohnen empfiehlt billigst
Ludw. Hartwig, Obertrabe 8.
4 Prozent oder rote Tubeca-Marken.
Eine Scheiden-Schiebkarre
zu kaufen gesucht. Engelswisch 20. I.
Gut erhaltener Puppenwagen
zu verkaufen. Altrake 9.
Ein großes Schaukelpferd
zu verkaufen. Genderröstr. 49 II.
Ein gut erhaltener **Kinderwagen**
billig zu verkaufen. Schönbdnekestr. 8 a. II.
Puppenkommoden u. Puppentische
zu verkaufen. Fleischhauerstr. 114 I.
2 schwere **Jugänger** zu verkaufen.
Liermann, Westoe.

**Uhren, Gold-
u. Silberwaren**
kaufen Sie vorteilhaft bei
Adolf Hübner,
Uhrmacher, Günthausen 15.
Billig! Billig!
Weihnachts = Bäume
große Auswahl. Weiter Lohberg
Nr. 4. W. Willmann.
Zum Feste empfehle:
Weine u. Spirituosen
Reinh. Büsen
Neumarkterstr. 1 a.
wird überall die Galt
bietet u. Billigst mein
Schürängel und Mädchenstücken.
Sattlerei G. Karberg, Engelsgr. 72 I.
Gajen, Kanin, Wildfelle,
sowie **Pferdehaare**
kauft zu den höchsten Tagespreisen
D. Wagner, Galtstr. 8.

Gebr. Barg
Lübeck.
Manufaktur- und Leinwand-
Aussteuerer & Hkel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.
Beim Ein-
kauf von **Margarine**
verlange man ausdrücklich die
erstklassige Margarine der
Firma **A. L. Mohr**
G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.
Überall erhältlich!

Abzahl-Geschäft
S. Sachs, Lübeck, Schmiedestr. 2.
Arb.- u. Berufs-Kl.
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
J. H. Pein, am Markt.
Putzbach & Reimers, Breitestr. 25.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Hans Struve, Königstr. 89.
Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.
W. Friedrichsen, Travemünde.

Art. z. Krankenpf.
F.W. Busch, Lübeck, Roockstr. 5b.
Königstr. 38.
F. W. Heyde,
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Karl Pagel, Wickedestr. 3, Tel. 1487.
H. Rühl, Huxstr. 34. Lieferant
f. R. Rühl, d. Ortskrankenkasse.
J. Range, Molslinger Allee 6a.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Artikel für Vereine.
H. Rischelsen,
Königstr. 111, Tomb-
Schließ- u. Kegelgew.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Lg. Labbs 49.
Dampfbackerei **Hansa**
J. C. D. Jung & Co.
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.
J. Eixmann,
T. F. Hinrichs, Molslinger Allee 43.
Becker-
H. Jargstorf, Warendorferstr. 36.
Fleischhauerstr. 52.
Fein-Weiß-
u. Grobbackerei.
W. Krahn, Fackelb. Allee 57a.
Schlum-Str. 1. Sp.:
A. Neumann, Feinbäckerei.
Heinr. Tamm, Wickedestr. 20.
Eutin, Kiekerstr. 34.
E. Reinhold, Weib-, Fein-, Grobbackerei.
Holsling, Grob-
Johs. Gode, Fein- u. Weißbrot.
L. Schönmann, Fein-, Grob-
Schlutup.
Joh. Elvers, Lübeckerstr. 46.
Erstklass. Ware. Reelle Bedienung.
Ad. Hinzelmann, Schlutup,
Wesloer-
str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
Schlutup.
B. Plath, Lübeckerstr. 3.
Herm. Steffen, Secrete.
W. Steinhoff, Travemünde.

Bier- u. Sarg-Mag.

Georg Behneck,
Lübeck, Warendorferstr. 4, T. 2185.
Central-Berufsinstitut
A. Brodersen, Angelnstr. 7, Tel. 1000.
Paulstr. 16. Särge
in allen Preislagen.
L. Herberg,
Walmstr. 7. Obern. ganzer Beard.
Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Weib, Lager feiner Särge.
H. Griebel, Eutin, Weidstr. 14.
U. Wackensch, Fackelburg.
H. Krüger, Reusefeld. Gr. Lager in
Holz- und Metallwaren.

Besohlanstalten
C. Juchacz, Lübeck, Schratz Allee 4.
Besohlanst. Elektrisch.
H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
Hansa "J. Dettmann
Beckergrube 51.
W. Hinz, Schlumacherstr. 33.
Warendorferstr. 20.
J. Kalkbrenner, Finkenhausen 7.
Joh. Petersen, Kappfer-
schmiedestr. 3.
Johannes Voß, Huxstr. 90.

Betten, Bettfedern
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Düve, Große Burgstr. 32.
F. Jürgensen, Schwartauer Allee.
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.
Richard Wagner, Reinfeld.
Max Kestel, Schlutup.

Brauereien
Trinkt an
Adler-Bier.

Alma-Brauerei Lübeck
Lübecker Bürgerstr. 3a. Brauerei.
Elbschloss,
H. Heintze,
R. A. W. Witt,
Uckerstr. 96.
Fernspr. 1274.
KW. Salsbräu
Lübecker
Hansa
Bier.

Zur Walkmühle
H. Lück
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Kranz, Schlutup, Warendorferstr. 11.

Erachtet
dreimal
wöchentlich
ThDr. Wurst u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 6971 August Scheere Tel. 6972
Holsteinstr. 19. Tel. 6972
Huxstr. 22/24. Tel. 6977
Warendorferstr. 21. Tel. 6978
Breitestr. 44. Tel. 6974
Mühlenerstr. 20. Tel. 6973
Parcevalstr. 32. Tel. 6978.

H.E. Koch-Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lief. Sofas, Stühle, Spiegel,
Matratzen, Mustern, grat. Lief. bed.
Schulwarenhaus A. Popp
Breite-
str. 7.

Billigste Bezugsquelle für
Olen, Herde, Gashocher, Gradellen
Adolf Borgfeldt
Fennstr. 672, Mühlenerstr. 36 und 40.

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen
G. Stooss
Fischer-
grube 25

A. N. Becker
Uhrmacher
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holsteinstr. 22

Spille & v. Lühmann, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brauereien
Chr. Bade, Huxstr. 128.
H. Braunbr.,
Paul Flemming, Engels-
str. 62/64.
Elmer, Braun- und Doppelbier.
Schulstr. 8. Braun-
u. Doppelbier.
C. Juchacz, Friedenstr. 26.
Grabower Nothhof, Haus Biererei.
L. Meyendorff, Warendorferstr. 52/54.
Adolf Osbahr,
Inh. Fr. Kropf, Glockengießerstr. 87.
Braunbr.
Hermann Stamer,
F. Weiermiller, Schwartauer
Allee No. 3b.
Elmer b. Meyendorff, Warendorferstr.
Engelswisch 17/19.
Heinr. Willeken, f. Braunbr.
Franz Langlob,
Schlutuper
H. Braunbr.

Fahrr., Nähmasch.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
Frister & Rohmann-Nähmasch.
Franz Busse, Walmstr. 42.
Rich. Israel, Allee 31.
Otto Dortmund, f. Reparat.-Werkst.
Heinr. Körner, f. Reparat.-Werkst.
Hugo Meier, Walmstr. 21.
St. Gertrud-Fahrradhaus, Allee 12a.
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Johs. Meyer, Königstr. 51, Johannesstr.
Huxstr. 54, Johannesstr.
H. Störner, Waschl- u. Waschl-
Priedenstr. 1.
Th. Vedder, f. sämtliche Repara-
turen für Fahrräder u. Nähmasch.
werden gut und billig ausgeführt.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 23.
Johs. Marcks, Schlutup.
Schwartau, Lüb.-Str.
H. Krohne, 71. Rep. Sämtl. Ersatzst.

Gelegenheitskäufe
Willy Janssen, Lübeck, Böttcherstr. 21.
Glas und Porzellan
A. F. Römling, Lübeck,
Harnspr. 18.
Tel. 1130. Glas, Porzellan u. Steingut.
Gebr. Steder, Huxstr. 95.
Gold-, Silberwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck,
Huxstr. 25.
A. Braun, Goldschmied, St. Petri 15.
Johs. Tollgreve, Goldschm., Königstr. 92.
Handels-Lehranst.
Björkman, Lübeck, Böttcherstr. 21.
Björkman, Böttcherstr. 21.
Privat-Handels-Institut
Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Kolonial-, Fettwar.
Rich. Witten, Oldesloe, Langest. 24.
Rich. Heilmann, Reinfeld.
W. Maas, Reinfeld.
Karl Barkmann, Schlutup.
P. Draguhn, Schwartau, Loh-Str. 8.
Louis Rathmann, Schwartau.
Herm. Kadow, Secrete.
Heinr. Loppenthen, Secrete.
J. U. Kröger, Travemünde s.d.

Piano-Magazine
Hausmann,
Johannisstr. 14. Ver-
kauf, Vermittl., Repar.
Breitestr. 40. Neue u.
gebr. Pian. in all. Preisl.
Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 11.
am K. Kr. Weg,
E. Cordts, Secrete.

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Krähstr. 15.
Pa. Rosfleischwaren.
Ob. Trave 12, Tel. 1664.
H. Dieckhoff, Sp.: Rosfleischwaren.
Loignystr. 6.
Marl. - f. Bee-
steaks u. Gekochtes.
Dankwartsgr. 34.
Tel. 988. Täglich
frische Scheiben und Gekochtes.
Fischergr. 10.
H. Wulff, Telefon 1149.
H. Jäde, Schwartau, Rantzau-All. 18.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfaffen, Schwartau.
Schreibwaren
Aug. Burmester, Fackelb. Allee 48.
Carl Ehrt, Schwartau, Allee 85.
Th. Linn, Glockengießerstr. 29.
M. Maxein Wwe., Molsig, Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenerbrücke 2a.
Otto Wessel, Molsig, Allee 4a.
H. Bruhn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Lübeck, Marienstr. 2.
Bournefeld, Mühlenerstr. 34.
E. Baer, Martesgrube 4 und 38.
Heinr. Bockmann, Relferstr. 3. b. d.
W. Blumenthal,
Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartauer Allee, Ecke Geveerdestr.
Balauerstr. 5.
P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartauer Allee 4.
Carl Buchholz, -
Record-Stiefel.
Priedr. Busch, Schuhwaren-Haus,
Mühlenerstr. 27.
H. Fehlaue, Engelsgrube 81.
Holsten-
Franzen & Co., str. 16.
Zum billigen Schuhladen,
F. W. Kracht, Pfaffenstr. 15.
F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartenstr. 38. Reparatur.
Raetz & Kremm, Georgstr. 40.
Chr. Robion, Schwöneckengr. 25.
H. P. Chr. Schlenz, Schlum-Str. 31.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.
A. Brude, Schwartau.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Stahl-, Eisenwaren
Otto Beyer, Schlumacher-Str. 4.
Friedr. Schleifer u. Siebmacher,
Fackelb. Allee 10b.
Franz Gensmer, Fennstr. 1031.
J. F. B. Grube, Markt.
Unt. Hög-
str. 105.
Hohlschleiferi. Sp.: Rasiermesser.
Holsten-
Carl Rittscher, str. 34.
Huxstr. 46. 3a.
F. Wichmann, ligger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Bouleke, Lübeck, Königstr.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.
E. Niese, Schwartau, Lüb.-Str. 52.

Trikot-, Strumpf-
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 25.
H. Hornbogen, König-
str. 71.
Friedr. W. Koch, Holsteinstr. 7.
Hans Struve, Königstr. 89.
Carl Bock, Finkenhausen 22.
Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren
Johs. Bernhardt, Lübeck,
Huxstr. 25.
Uhrmacher
August Büttner, Huxstr. 32.
Ernst Gentzen, Königstr. 62.
Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.
Th. Köhler, Untertrave 69.
Becker-
Carl Lüneburg, grube 5.
Huxstr.
Georg Reese,
22/24.
Uhrmacher,
Bruno Schmidt, Huxstr. 77.
Heinr. Schultz, Johannis-
str. 20.
W. Westfeling, Holsteinstr. 40.
Uhrmacher,
Ad. Hübner, Finkenhausen 13.
H. C. Lemke, Oldesloe, Langest. 52.
H. Nevermann, Schwartau.

Wäsche-Ausstatt.
Otto Eggers, Lübeck, Huxstr. 43.

Weine, Spirituosen
FP Ahrens
Königstr. 72. Ecke Huxstr.

Wine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Huxstr. 8. T. 1936.
J. Höpner, Beckergrube 66.
Fischergrube
Friedr. Otto, 43, empfiehlt
Prima Weine und Spirituosen.

Wilhelm Rahfoto
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 687.
M. Kranz, Schlutup, Warendorferstr. 11.

Otto Albertz, Markt 10
Spezial-Geschäft für Arbeiter-
Ausstattungen u. Garderoben.
Alls. bekannt als gute, billige!

Brennmaterialien
Otto Höfte, Lübeck, Blankstr. 14a.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wullbrandt, Rosengarten 10.

Buchhandlung
W. Behlendorf, Lübeck, Huxstr. 71.

Bürsten, Käpffe
H. Hagenström, Lübeck, Königstr. 89.
F. Wichmann, Huxstr. 46.

Butter-, Käsehdgn.
Joh. Bestin, Lübeck, Huxstr. 42.
Fleischhauerstr. 4.
K. Erdmann, Fleisch-, Würst-, Kurlaga.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Inhaber: H. Scheel,
Kupferschmiedestr. 7.
Ob. Walmstr. 6.
Eierhand-
lung
in gros, ca. 100 Stk.

C. Krapp
H. Philipp, Fackelb. Allee 90.
Tügl. feinste Tafelbutter.
W. Rockstein, Huxstr. 23.
L. Schnoor, Wagaltzmauer 82.
J. Semran, Braunstr. 32.
Th. Storm Nachf., in gros, ca. 473.
Königstr. 98. T. 473.
Lübecker Butter-Haus,
Fr. Warnecke, Breitestr. 15.
Walm-
Hans Wegener, str. 10.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Chem. Farb., Wäsch.
Alv. Karstadt, Lübeck, Holsteinstr.
Alv. Karstadt, 20. Warend.-Str. 30.
C. Monica, Kupferschmiedestr. 13.

Cigarrenhandlg.
A. Burmester, Lübeck, Fackelb. Allee 48.
H. Bölscher, Cig. L. allen Preislagen.

Conrad Hardt
Huxstr. 128.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
M. Henke's Wwe., Böttcherstr. 20.
D. Kleeke, Königstr. 64. Ecke Huxstr.
Rob. Kilek, Engelsgrube 80.
F. Langermann, Mühlenerbrücke 4.
Paul Markwardt, Seiditzstr. 18. Ci-
garren, garen, Tabake.
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
Alb. Meyer, Engelsgrube 89.
Heinr. Müller, Holsteinstr. 42.
A. Riecken, eig. Fabr., Schw. Allee 62.
Otto Schlamm, Königstr. 48b. "Anst."
Karl Schmidt, Töpferweg 70.
Paul Thiel, Beckergrube 31.
M. Vosgerau, bal. 29.
Carl Wittfoot, Huxstr. 18.
W. Böhme, Eutin, Lübeckerstr. 34.
C. Bruhn, Cigarrenfabr., Reinfeld.
H. Timm, Schwartau, Loh-Str. 2.

Dam.-Kleiderstoffe
Bahr & Umlandt, Lübeck, Breitestr. 31.
Ernst Diederichs, Brockesstr. 25.
L. Düve, Gr. Burgstr. 32.
Hans Struve, Königstr. 89.

Damen-Konfektion
Gebr. Hirschfeld, Lübeck,
Breitestr. 39/41.
Hans Struve, Königstr. 89.

Dampfwäsch-Plättanst.
Pariser Wäscherei, Paul
Lohnstraße 3. Fernspr. 1306, 529.
Grob-Panzerwäscherei, J. Juchacz
Wäsche-Verleih-Institut 1. 1622.
Spezialität: Hans- u. Fein-Wäsche.
W. Köper, Friedenstr. 60.
Hansa, Fernspr. 2274. Fernspr.
W. Krüger, Wacknitz-Str. 11.

Drogenhandlungen
Otto Bähk, Lübeck, Friedenstr. 26.
Fredder J. Behm, Hansstr. 97.
Heinr. Heilmann, Warend.-Str. 72.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.

Drogerien
J. Becker, Lübeck, Domstr. 28.
F. W. Busch, Roockstr. 5b.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
H. Geiger Nachf.,
Gr. Burgstr. 44.
W. Hohenschild, Markt 22. T. 126.
Christoph Jansen, Pfaffenstr. 21.
Henry Köhler, Blücherstr. 21.
Carl Busch, Schwartau (Ecke Hauptstr.).
Karl Pagel, Wickedestr. 3, Tel. 1487.
Ang. Prösch, Mühlenerstr. 31.
J. Range, Molsig, Allee 6a.
Otto Schelcke, Fackelb. Allee 70.
H. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 81.
Adler-Drogerie, Schwartau.
H. Loppenthen, Secrete.

Fahrr., Nähmasch.
H. Bade, Lübeck, Huxstr. 2.
Rep.-Werkst. Schwartau.
H. Bentzien, Fackelb.
Allee 32.

Frisuren, Parfüm.
Helmut Koch, Lübeck, Krähstr. 1.
Johs. Köhn, Ratzeb. Allee 4a.
M. Lauck, Markt 71.
F. A. Richter, Wwe. u. St. Johann.
Ang. Schmidt, Ratzeb. Allee 4a.
A. Litzendorf, Molsling.
J. Wischendorf, Schumstr. 13. Str. 44.
E. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galants-, Spielwar.
Louis Bay, Lübeck, Breitestr.
33a. Vorteilh. Bezugs-
Quelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Blesaff Wwe. Sandstr. 9.
Edith Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Warend.-Str. 11.
Johannes Linder, Schwartau, Lüb.-Str. 14.

Gartinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Farben u. Lacke
W. Bandholz, Lübeck, Huxstr. 92.
F. Becker, Domstr. 29.
Hafen-Drogerie, Gg. Bornhöft.
Hansa-Drogerie, Fackelb. Allee 10.
Reichhaltiges Lager mod. Tapeten.
Heinr. Heilmann, Markt 15/16.
W. Hohenschild, Markt 42. T. 78a.
Ferd. Kayser, Breitestr. 51.
Henry Möller, Blücherstr. 20.
Ang. Prösch, Mühlenerstr. 31.
J. Range, Molslinger Allee 6a.
Otto Schelcke, Fackelb. Allee 70.
Hr. Thielbahr, Schlutup, Lüb.-Str. 81.
Adler-Drogerie, Schwartau.

Fleisch- u. Wurstw.
Emil Aland,
W. Schmidt Nachfgr., Lübeck,
Mengstr. 2. Wurst und Aufschnitt.
Walmstr.
Paul Boldt,
Hans Gerds, Elswigstr. 1a.
H. Aufschnitt.
Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Molslinger Allee 4.
Johs. Heick, Markt 2.
Spezialität: Prima Fleischwaren.
Beckergrube 30.
Carl Joost, Warendorferstr. 1450.
Sadawurst. 35. Erst-
Norm. Kähler, Klasse Ware billig.
Oscar Keil, Schwartauer Allee 65.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
Heinr. Kohl, Molslinger Allee 57.

W. C. Koepcke,
Schlachtereier und Wurstfabrik,
Klingenberg N. 3/4. Telefon 489.
H. Aufschnitt- und Fleisch-Waren.
Braumacher'scher Wurstfabrik
Heinrich Kronsbein, Travellmann-
str. 26/28, Tel. 1439; Hansstr. 95.
Tel. 2182. Prima Fleisch- u. Wurst-
waren. Spezialität: Aufschnitt.
L. Kuntzel, Blücherstr. 22. Pa.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
A. Meiz, - Fennstr. 2358.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Warendorferstr. 63.
Willy Nid, Eck. Schwart. Allee.
Holsteinstr. 22.
Fenn. 1249 Sp.:
H. Aufschnitt.
Wurst-Fabrik,
Mühlenerstr. 27.
Pa. Fleisch- und Wurstwaren.
W. Patow, fabrik mit elektr. Betr.
Huxstr.
Georg Rehder,
A. Rolf, Gr. Burgstr. 37.
Christ. Scheel, Westhofstr. 33.
H. Schmalloff, u. W. Mamerow,
H. Reiferstr. 26. Telefon No. 2152.
J. L. Schöber, Gr. Burgstr. 55.
Ob. Trave 7.
Carl Tiedt, Telefon 971.
Gust. Wietzke, Mühlenerstr.
21. Pa. Fl.-u.
Wurstwaren.

Ernst Zachow, Georg-
str. 37.
Heinr. Klor, Eutin, Kiekerstr. 34.
Pa. Fleisch- u. Wurstw.
Holsling,
E. Martens, Nur gute Ware.
L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.
Holsling.
Heinr. Abrendt, Schlutup.
Schlachtereier und Wurstfabrik.
Franz Winkler, Lüb.-Str. 31.
Prima Fleisch- und Wurst-Waren.

Friseur, Parfüm.
Helmut Koch, Lübeck, Krähstr. 1.
Johs. Köhn, Ratzeb. Allee 4a.
M. Lauck, Markt 71.
F. A. Richter, Wwe. u. St. Johann.
Ang. Schmidt, Ratzeb. Allee 4a.
A. Litzendorf, Molsling.
J. Wischendorf, Schumstr. 13. Str. 44.
E. Adler, Schwartau, Lüb.-Str. 34.

Galants-, Spielwar.
Louis Bay, Lübeck, Breitestr.
33a. Vorteilh. Bezugs-
Quelle f. sämtliche Geschenkartikel.
C. Blesaff Wwe. Sandstr. 9.
Edith Central-Bazar, Oldesloe.
M. Kranz, Schlutup, Warend.-Str. 11.
Johannes Linder, Schwartau, Lüb.-Str. 14.

Gartinen, Teppiche
Alb. Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Hans Struve, Königstr. 89.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck,
Holsteinstr. 15.
Albert Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Breitestr.
Putzbach & Reimers,
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Besthorstr. 10.
Ch. F. Schamer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Kamitz, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Walmstr. 9.
Lorenz Richter, Breite-
str. 20.
Walter Stalbohm, Hux-
str. 29.
Hans Struve, Königstr. 89.
Johs. Tralow, 11 ob. Walmstr. 11.
Spezial: Pelzwaren.
Aug. Trost & Sohn, Holsteinstr. 24.
G. Woltmann, Breitestr. 27.
Hüte, Mützen, Schirme.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkensgr. 32.
Otto Bähk, Friedenstr. 76.
Fredder J. Behm, Hansstr. 97.
Friedr. Berger, Warendorfer-
str. 32.
Johannes Bestin, Huxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Amststr. 14.

Aug. Dibbert,
Tunkensgrube 20. Vorteilhafte Bezugs-
quelle für Tonwaren, Pantoffel.
F. Doß, Gr. Gröpelgrube 19.
Heinz Franck, Walmstr. 67.
W. Fischer, Schwöneckengr. 11.
Georg Hartkop, Adlerstr. 38.
Fritz Hartmann, Krähenstr. 12.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Heinr. Heilmann, Warend.-Str. 72.
Otto Höffe, Blankstr. 14a.
Carl Hudofsky, Marktstr. 44.
Johannes Kohl, Wickedestr. 52.
C. Lender, Hundestr. 42.
D. Lorek, Lg. Lohberg 37.
Heinr. Lokse, Johannisstr. 68.

Kolonial-, Fettwar.
H. Bannow, Lübeck, Tunkensgr. 32.
Otto Bähk, Friedenstr. 76.
Fredder J. Behm, Hansstr. 97.
Friedr. Berger, Warendorfer-
str. 32.
Johannes Bestin, Huxstr. 42.
J. Binias, Fleischhauerstr. 114.
Adolf Burmester, Reiferstr. 43.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Amststr. 14.

Meiereien
Meierei Rensefeld
Ioh. Paul Rieker, Vorteilhafte
Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel, Tel. 2144.
Milch und f. Molkereiprodukte.

Molkereiprodukte
Hansa-Meierei in die
Amme Lübeck's unternehm.
von Milchprodukten aller Art.

Musikwaren
H. Haller, Lübeck, Markt 13, Kohlmarkt 12.
Musikhaus Jack, König-
str. 96.
F. W. Katbel, Breitestr. 40.
Meyer & Eggert, König-
str. 116.

Obst u. Südrüchte
A. Christofferson, Lübeck,
Holsteinstr. 42.
Sophie Aster Wwe., Fischergr. 49.
Amanda Voß, Lg. Lohberg 50.

Optik u. Mechanik
Hugo Meier, Lübeck, Walmstr. 21.
Carl Volger, OptischesSpezial-
Geschäft,
56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Gr. Burgstr. 15.
Breitestr. 13. Photo-
Atelier Lübeck,
graph. gut u. billig.
Joh. Pingel, Johannisstr. 15.
Th. Bruß, Reinfeld, Bahnhofstr.

Putz u. Modewaren
C. Badendick, Lübeck, Königstr.
25. Holsteinstr. 13/15.
D. Dörmann, Holsteinstr. 18.
D. Wagner, Holsteinstr. 8.
Clara Kahle, Obere Walm-
str. 1.
W. Simm, Balauerf. 16. Bräutelsack.

Rein-, Rep.-, Bügelanst.
inh. H. Schlesselmann,
L. Vimmer, Lübeck, Mühlenerstr. 30.

Herren- u. Knab.-Gard.
Franzen & Co., Lübeck,
Holsteinstr. 15.
Albert Meincke, Ecke Aegidienstr. 15.
Breitestr.
Putzbach & Reimers,
Hans Struve, Königstr. 89.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Johannes Hansen, Oldesloe.
A. Lenz, Oldesloe, Besthorstr. 10.
Ch. F. Schamer, Reinfeld.
Max Kankel, Schlutup.
J. Kamitz, Schlutup.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Walm

vorliegt und fast immer recht bekommt, wenn nicht durch mehrere Zeugen einwandfrei nachgewiesen werden kann, daß sich der Unfall tatsächlich ereignet hat. Der Nachweis, wenn es sich um eine geringfügige Verletzung gehandelt hat, ist sehr schwer zu führen, weil die Arbeiter bei solchen unbedeutenden Verletzungen ihren Mitarbeitern fast nie Mitteilung machen; sie beachten sie in der Regel selbst nicht und wenn später bei eintretender Verschlimmerung Ansprüche erhoben werden sollen, wird von allen Seiten geltend gemacht, daß ein Unfall nicht vorliegt. Bei zweifelhaften Fällen wird für die Beweisführung ein besonders strenger Maßstab angelegt, es wird behauptet, daß jeder Arbeiter von den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes Kenntnis hat und daß alle Arbeiter wissen, daß ein Unfall gemeldet werden muß. Es wird weiter behauptet, daß auch alle Arbeiter die Unfälle melden und sicher hätte auch der Verletzte den Unfall zur Anzeige gebracht, wenn er tatsächlich einen Unfall erlitten hat. Kann der verletzte Arbeiter durch Zeugen nachweisen, daß er sich wirklich einen Unfall zugezogen hat, so kann er unter Umständen Rechte erhalten, aber auch nicht in jedem Falle. Wenn nämlich die Unfallmeldung erst später erfolgt, muß auch in den meisten Fällen noch der Nachweis erbracht werden, daß das später angegetretene Leiden auch eine Folge des Unfalles ist und dieser Nachweis ist um so schwerer zu führen, als er nur durch ärztliche Zeugnisse geführt werden kann. Die Berufsgenossenschaft bestreitet den ursächlichen Zusammenhang und wenn der Verletzte mit seinen Ansprüchen durchdringen will, muß er seine Behauptung, daß das Leiden eine Folge des Unfalles ist, beweisen. Es ist aber für die Verletzten sehr schwer, ärztliche Zeugnisse zu erhalten. Die Ärzte und auch die öffentlichen Anstalten des Krankenhauses, Universitätskliniken usw. stellen mit der größten Bereitwilligkeit ärztliche Zeugnisse und Gutachten aus, wenn die Berufsgenossenschaften darum nachsuchen. Anders aber, wenn ein Verletzter ein Gutachten nötig hat. In den Anstalten werden derartige Ansuchen der Verletzten direkt abgelehnt, die meisten Ärzte gebrauchen Ausschüfte wie: „Es ist uns verboten, Gutachten auszustellen.“ „Ich kann nicht ein Gutachten gegen meinen Kollegen ausstellen.“ „Es ist ein ärztliches Zeugnis nicht notwendig, Sie können auch so an das Schiedsgericht schreiben“ usw. Die ärztlichen Zeugnisse und Gutachten sind aber notwendig, weil nur durch diese der Beweis geführt werden kann. Die ganzen Ausschüfte der Ärzte treffen auch gar nicht zu. Es ist keinem Arzt verboten, ein Gutachten für einen Verletzten auszustellen, allerdings gehört zur Abgabe eines Gutachtens etwas mehr, als zur Behandlung der Verletzten und dies ist in vielen Fällen der Grund, warum Gutachten verweigert werden. Wenn sich also Verletzte vor Schäden bewahren wollen, müssen sie darauf bedacht sein, daß jede Verletzung gemeldet wird. Bleibt die Verletzung ohne Folgen nach sich, so schadet die Meldung nichts und hat die Verletzung später Folgen, so sind die Ansprüche des Verletzten gesichert.

Der gestrige sogenannte goldene Sonntag hatte unter der Ungunst der Witterung erheblich zu leiden. Dennoch herrschte in den Abendstunden in den Hauptverkehrsadern unserer Stadt, namentlich in der Breitestraße, ein sehr starker Verkehr. Ob die Geschäfte mit ihrem gestrigen Umsatz zufrieden sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wissenschaftliche Vortragskurse für Arbeiter. Der Sozialdemokratische Verein und das Gewerkschaftskartell haben auch für diesen Winter beschlossen, der hiesigen Arbeiterkassen Gelegenheit zum tieferen Eindringen in die Wissenschaft zu geben. Nachdem im vorigen Jahre die „Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens“ an acht Vortragsabenden von dem früheren Lehrer Genossen Otto Rühl, Galle, a. S. behandelt und von der hiesigen Arbeiterkassen dankbar aufgenommen worden sind, werden im Januar 1911 acht Vorträge über die Grundbegriffe der Wirtschaftswissenschaften von demselben Lehrer behandelt. Die Nationalökonomie — zu deutsch: Die Lehre über die Volkswirtschaft — ist das wichtigste Wissensgebiet für den modernen Arbeiter. In der Volkswirtschaft hat er, da er sozial wirtschaftlich gehört, darum ist es Pflicht, auf diesem wichtigen Gebiete der Wissenschaft sich Kenntnisse zu erwerben. Hoffentlich ist der zweite Vortragskurs noch stärker besucht als der erste. Dauer: Eintrittskarten, die zur Teilnahme an allen acht Vorträgen berechtigen, können schon jetzt zum Preise von 50 Pfennig im Parteisekretariat, Johannisstr. 50, und bei dem Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Heinrich Radde, Johannisstr. 48, in Empfang genommen werden. Der Kursus beginnt am Freitag, dem 6. Januar 1911.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, gelangt Leo Fall's Operetten-Schlager „Die geschiedene Frau“ zur Aufführung. — Am Mittwoch, ausnahmsweise abends 7 Uhr, geht das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ bei ermäßigten Mittwoch-Preisen in Szene. — Am Donnerstag findet ein nochmaliges Gastspiel des Herrn Hans Siewert vom Hamburger Stadttheater in der Titelrolle von Adams reizvoller Oper „Der Polkillo von Bonjumeau“ bei gewöhnlichen Opernpreisen statt.

Mölla. Ein neuer Mitstreiter in der gewerkschaftlichen Bewegung Mölla ist hier gestern erstanden. Durch die Bereinigung der Bauhilfsarbeiter mit den Maurern stellte sich die Notwendigkeit heraus, die bisher im Bauarbeiterverband organisierten Transportarbeiter der hierfür zuständigen Organisation, dem deutschen Transportarbeiterverband, zuzuführen. Nach einem etwa einstündigen Referat des Genossen Joh. Stellung-Lübke wurde gestern beschlossen, eine Verwaltungsstelle des Deutschen Transportarbeiterverbandes zu gründen. 35—40 Mitglieder der Kreise der neuen Verwaltungsstelle bei. Als Kassierer der neuen Organisation wurde der Genosse Carl Wagner, Schmilauerhauffe gewählt. Derselbe wird auch den Übertritt sowie die Neuaufnahme vollziehen. Wir beglückwünschen die neue Organisation und hoffen, daß dieselbe sich zum Nutzen der Transportarbeiter weiter entwickeln wird.

Die Hinrichtung eines Raubmörders. Am Sonnabend morgen um 8 Uhr wurde auf dem Hofe des Gerichtesgefängnisses in der Ringstraße der Arbeiter Kasner durch den Scharfrichter Gropen-Wagdeburg mit dem Beil hingerichtet. Kasner war im Oktober vom Schwurgericht zum Tode verurteilt worden, weil er am 9. Dezember v. J. auf dem Gute Knoop den Wochenlöhner Kröger mit einer Wagenrunge erschlagen und ihn beraubt hatte, um sich für das Geld eine Ziehharmonika anzuschaffen. Die Vollstreckung des Urteils wurde sofort durch Anschlag an die Urteilschlagfäden von der Staatsanwaltschaft bekannt gegeben, dem Gesagten hiernit Genüge geschehen. Die Metallstücke auf der Reiterwerk, die im Frühjahr aufgedeckt wurden, fanden Sonntagabend vor der Kieler Strafkammer die gerichtliche Sühne. Der Dieb, der 24jährige Materialaufseher Balz, hatte im Laufe eines Monats für mehrere Hundert Mark Metalle aus den ihm unterstellten Beständen entwendet und sie unter seiner Jacke in einem Leinwandbeutel in Portionen von 25 Pfund aus der Werft hinausgeschmuggelt und sie dann an Althändler verkauft. Er wurde wegen der Tat zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Mitnehmer, die Produkthändler Albrecht, Neumann und Samolin, wurden zu

zwei Jahren, ein Jahr sechs Monaten, und ein Jahr drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Harburg. Mord. In der Nacht zum Sonntag gegen 11 Uhr erschlug im benachbarten Siedersien der Jagdaufseher König seinen Schwager, den dortigen Landwirt Putensen, mit dem er verfeindet gewesen sein soll, mit einem Schlagmesser. Der Täter wurde dem hiesigen Gerichtsgefängnis bereits eingeliefert.

Freiburg a. d. Elbe. Die Cholera. Die Familie des Schiffers Jungklaus, die bereits im vergangenen Sommer wegen Choleraerkrankung unter strenge Quarantäne genommen worden war, ist neuerdings, da bei der Frau des Schiffers Choleraerkrankung konstatiert waren, wieder unter Quarantäne gestellt worden.

Bremen. Zur Schlichterbewegung. Eine Kartellversammlung Bremens befaßte sich mit dem Vorgehen der hiesigen Schlachtermesser gegen die seit kurzem bestehende, schon recht kräftig sich entwickelnde Organisation der Schlachtergesellen. Es wurde dazu folgende Resolution vorgelesen und einstimmig angenommen: „Die im „Gewerkschaftshaus“ tagende Kartelldelegierten-Versammlung nimmt mit Entrüstung von dem brutalen Vorgehen der hiesigen Schlachtermesser gegen die junge Organisation der Schlachtergesellen in Bremen Kenntnis. Sie fordert den Vorstand sowohl als auch die einzelnen Delegierten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Scharfmachergeleuten der Bremer Schlachtermesser, falls sie dieselben durchzuführen, im Interesse der Schlachtergesellen entgegenzutreten.“

Bremen. Senatorenwahl. Das Senatorenwahlrecht in der „Republik“ Bremen ist so verfassungsmäßig und so auf das alleinige Vorrecht der Juristen und der Kaufleute zugeschnitten, daß sich seit vielen Jahren in immer steigendem Maße Unwille gegen dieses Wahlrecht geltend macht. Vermutlich um gegen dieses Drängen nach einem besseren Wahlrecht für einige Zeit zu beschwichtigen, ist jetzt ein Herr zum Senator gewählt worden, allerdings waren die Herren so vorsichtig, nur einen Mann zu nehmen, der keinen Zweifel darüber ließ, daß er mit dem Senat durch Dick und Dünn gehe.

Theater und Musik.

Neues Stadt-Theater. „Dornröschen.“ Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz von Oskar Will.

In der Theater-Garderobe.

Die Kinder.

Vieschen: O, war es heute abend schön! Ein so prächtiges Weihnachtsmärchen hab' ich noch nicht gesehen.
Herta: Die niedlichen Feen und ihre gute Herrin, die Rosenfee — und vor allem das schöne Dornröschen!
Karl: Und der Frechdax — nein, zu drollig, wie er's trieb! Und der dicke Kellermeister, der immer „Gatsch!“ machte und der verzauberte Frosch Quix-Quax und der Hofmarschall Rücken-Bücken — habt ihr gesehen, wie komisch er sich immer verneigte?
Kesi: Ja, am Königshofe war's fein. Und alle die lustigen Küchenjungen und -mädel, und der alte König selbst — ach, muß Dornröschen es gut gehabt haben!
Nanny: Und wie sie sich dann in die Spindel stach — die böse, böse Fee! — und alles rund umher in Schlaf versank und die Dornenhecke so schnell emporwuchs —
Herta: Und wie dann der dumme Prinz Arrogant kam, der die Prinzessin erlösen wollte, und sein betrunkenes Diener!
Karl: Dem immer die Stiefel und die Kleider davonflogen. — Ja, da hab' ich aber gelacht!
Herta: Aber der Prinz Gedulm war süß. Wie gut, daß er Dornröschen noch gekriegt hat. Sie paßten so nett zueinander. Und wie sie dann beisammen saßen und sich alle die hübschen Länze ansahen — nein, es war süß!
Vieschen: Ja, sein wars! Ich werd' es nicht vergessen. Und vom Schönsten will ich heute nacht noch träumen. Hast du noch einen Bonbon, Herta? Danke! Gute Nacht!

Die Eltern.

Herr A.: Nun, verehrte Frau, haben Sie sich die Komödie auch angesehen?
Frau B.: Ach Gott, man muß ja. Die Kleinen drängen so sehr — und ich freue mich immer so, wenn ich die zappelnde, aufgeregte Kinderschar vor den bunten Bildern sehe. Übrigens war's heute recht nett. Geklopelt wurde vorzüglich. Frau von Kooesi hat die Länze wirklich allerliebste arrangiert. Und dann der stimmungsvolle Rahmen, den Herr Fuchs dazu geschaffen. — Eigentlich ist man ja längst über solche Sachen hinaus; aber ein paar Abendstunden schließlich, wenn man doch nichts anderes vor hat —

Der Referent

(für sich). Wieviel Fleiß, wieviel Zeit und Geld stecken doch in einer solchen Aufführung! Unserer Ballettmeisterin, Herrn Fuchs wie allen Kräften mein Kompliment! Und doch, darf hier nur rückhaltlos gelobt werden? Da redet man soviel von Kunstverziehung, daß für die Jugend das Beste gerade gut genug sei. Und wählt, wenn auf die Kinder am nachhaltigsten eingewirkt werden soll, ein solches Weihnachtsmärchen. Fragt nicht Sturm das Paradoxon: „Wenn du für die Jugend schreibst, schreib nicht für die Jugend?“ Das heißt doch, den Stoff der kindlichen Interessensphäre entnehmen, aber ihn lediglich nach künstlerischen Gesetzen formen. Welche Dichterhand aber würde ein Märchen mit verunstaltenden auf die unentwickelten Instinkte der kleinen berechneten Mädchen versehen können. Und wenn es zurzeit poetisch wertvolle Dramatisierungen von Märchen nicht geben sollte — was ich bezweifle — sollten sich nicht noch andere, für die Jugend geeignete Stücke finden? Vielleicht wärs so übel nicht, wenn sich die Bühnenleitung auch eines künstlerisch empfindenden pädagogischen Beirats verschern würde. Soviel ehrlicher Wille und anerkennenswerter Talent in dieser Aufführung. — Aber es handelt sich hier um die Erziehung des künftigen Theaterpublikums.

Martha. Oper in 4 Akten von Flotow. Herr Carl Erb beendete gestern abend sein Gastspiel als Hannelore hatte er eine Partie, die seiner stimmlichen Begabung besonders entgegenkommt. Das weiche Organ des Sängers strahlte beständig Wohlklang aus, besonders in dem Quartett „Schlafe wohl“ sowie in der Arie „Ach so fromm, ach so fromm“, die auf stürmisches Verlangen wiederholt werden mußte. Den Punkt gab Herr Bollmer mäßig im Ton und mit dem Humor. Eine treffliche Partnerin stand dem Baumstamm in unserer neuen Altistin Frau Krüger als Nancy zur Seite. Fräulein Weber als Lady und Herr von Scheid als drolliger Lord Kristian hatten die gleichen Partien bereits im vorigen Jahre hier inne und führten sie auch gestern wieder in ausgezeichneter Weise durch. Überhaupt machte die von Herrn Kapellmeister Pfeiffer geleitete Vorstellung einen recht guten Gesamteindruck.

Kommunales.

Eine schwere Niederlage des Zentrums brachte die Stadtverordnetenwahl in Eisen. Im ersten Wahlgang behauptete das Zentrum einen Sitz, während es 6 Mandate an die Liberalen verlor. Unsere Partei steigerte bei der Hauptwahl ihre Stimmen von 8700 auf 8800 und brachte in dem bisher von den Sozialdemokraten innegehaltenen Bezirk ihren Kandidaten in die Stichwahl. Bei den Donnerstag zu Ende gegangenen Stichwahlen legte unser Genosse Redakteur Steublich mit 2179 gegen 2040 Zentrumsstimmen. In drei anderen Bezirken legten die Liberalen, das Zentrum verlor dabei noch einen Sitz, so daß es in ganzen 6 Mandate einbüßte.

Soziales.

Ein deutscher Heimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden, in der Neuen Philharmonie, Köpenickerstraße 96—97. Die Heimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstags über das Hausarbeitsgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindrucksvollen Kundgebung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitsgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Mißständen der Heimarbeit gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Heimarbeiter als alten Berufs und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Heimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Unterscheidung der gewerkschaftlichen Richtungen. Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktions-Ausschuß, an dessen Spitze Professor Dr. Ernst Franke-Berlin steht und dem ferner angehören Frau Minna Gargarets-Lehm und die Herren Ingenieur-Bernhard Giesberts, M. d. R., Goldschmidt, Krüger, Sassenbach, Robert Schmidt, M. d. R. Das Hauptreferat hat Professor Dr. Robert Hilbrandt-Lüdingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Nollendorferstraße 29—30.

Ein Wohnungsinспектор soll von der badischen Regierung angestellt werden. Er hat die Wohnungen zu überwachen und die Bestrebungen der Vereine und Privatpersonen auf Besserung der Wohnungsverhältnisse im ganzen Land zu unterstützen. Vor allem obliegt ihm die Wohnungskontrolle auf gesundheitliche und soziale Schäden hin. Nimmt er seine Pflicht ernst, dann hat er ein großes Tätigkeitsfeld, denn die Wohnungen sind in Baden teurer aber nicht besser wie in den übrigen Bundesstaaten.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise. U h e c t, 17. Dezbr.
Weizen, 125—130 Pfd. holl. 180—188 Mk. Roggen 115—122 Pfd., neuer holl. 130—142, Gerste, nach Qualität 130—145 Mk. Hafer, nach Qualität, 140—155 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

Liberer Marktpreise vom 17. Dezember.
Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,25 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Käse 3,50—4 Mk., Ganten 8,50—10 Mk., Schmier 2,00—2,50 Mk., Rufen Stk. 1,80—2,30 Mk., Lauben Stk. 0,55—0,65 Pfd., Gänse Pfd. 0,75—0,80 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Pfd. 0,90—1,00 Mk., Schweinskopf Pfd. 55—65 Pfg., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier 1 Stk. 11 u. — Pfg. Geringe St. 10 Pfg., Dorsche genügt, Stühmasserliche genügt Karpen Pfd. 1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schlete Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pfg., Hechte Pfd. 60—70 Pfg., Barsche Pfd. 60—70 Pfg., Mal Pfd. — 1,00 Mk., Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genügt, Blumentohl 100 Pfd. 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Pfeffer, verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen, pr. 100 Pfd. — Mk., Rirschen Pfd. — Pfg., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pfg., Mand Pfd. — Pfg.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 17. Dezbr.
Auftrieb 3676 Schweine. Markt lebhaft geräumt. Überfland — Stück.
Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 63,00 bis 64,00 (60,50 bis 61, — Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 62, — bis 63,00 (49,50 bis 50,50) Mk. Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 63, — bis 63,50 (49, — bis 49,50) Mk. Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 63,00 bis 63,50 (49,00 bis 49,50) Mk. Geringere Ware, Tara 24 Proz., 58,00 bis 62,00 (44,00 bis 47,00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59,00 bis 60,00 (47,00 bis 48,00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54,00 bis 58,00 (42,00 bis 45,00) Mk.

Literarisches.

Des 140. Geburtstages Beethovens gedenkt die „Neue Musik-Zeitung“ in dem reich ausgestatteten Heft 6 ihres neuen Jahrgangs mit einem Artikel, Beethoven und Goethe (Dr. Hirschberg), einer unbekannteren Beethoven-Anekdote vom Grafen Voelckel und einer Reminiszenz an die Einweihung des Bonner Denkmals im Jahre 1815 von A. Schindler. Weiter bringt das Heft eine originale Sammlung Weihnachtens im deutschen Volkslied. Edmund Singers hochinteressante, köstlich geschriebene Memoiren werden fortgesetzt, ebenso der in künstlerischer und sozialer Hinsicht vorzügliche Roman „Pianisten“ in dessen Mittelpunkt die anschaulich geschilderte Person Lizis und seines Kreises steht. Weiter erwähnen wir einen Aufsatz über die wiederaufgefundene Orchesterpartitur von Wagners G-dur-Sinfonie, eine Kritik der neuen staatl. Prüfungsbildung für Schulangehörige in Preußen, einen Auszug aus W. Niemanns Klavierbuch „Die Gegenwart“ (Heft 5); das Volkslied im niederelbischen Industriegebiet, eine Studie für den Klavierunterricht über Brahms' Intermezzo op. 117 und einen Aufsatz über Felix Reuter und die Musik (Heft 5). In seiner großen Musikgeschichte ist Richard Batta jetzt bei der französischen Oper im vorigen Jahrhundert angelangt. Dieses reich illustrierte Werk erscheint als fortlaufende Gratisbeilage, ebenso wieder ein prächtig reproduziertes Kunstblatt Joh. Seb. Bachs von G. Hauptmann. Die Musikbeilage enthält unter anderem schöne Volkslieder für Weihnachten, auch eine Studie über Oratorium (Orgel). Probehefte dieser allgemein beliebten und warm zu empfehlenden, wohlfeilen Zeitschrift verendet an jede Adresse kostenlos der Verlag von Carl Grüniger in Stuttgart.

Verantwortlich für die Rubrik „Bücher und Nachbargedichte“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Dörmig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schönbach, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Röhde.



Gnädige Frau!
Geschenke in guten und preiswerten
Küchengeräten

von

Heinrich Rosenberg

Inh.: Heiner. & Willy Rosenberg,
Mühlenstraße 10.



Schlitten u. Schlittschuhe
Laubsäge- u. Werkzeugkasten, Hobelbänke
für Kinder und Dilettanten.

Otto Haukohl Nachf.

Inh.: Heiner. & Willy Rosenberg,
Mühlenstraße 59/63.



Kronen, Zug- und Stehlampen
für Petroleum und Gas.

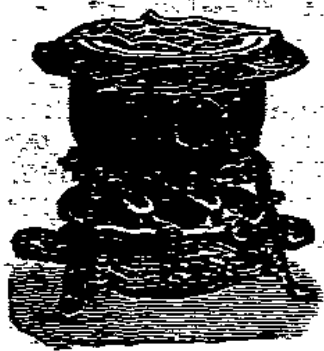
Abt. für Porzellan und Glas

bietet neue schöne Muster in

Ess- und Kaffeeservicen
Wein-, Bier- und Likörservicen.

Heinrich Rosenberg

Inh.: Heinrich & Willy Rosenberg,
Mühlenstraße 10.



Petroleumkocher
in 4 Qualitäten, 2-, 3-, 4- und 6fl.

Gaskocher.

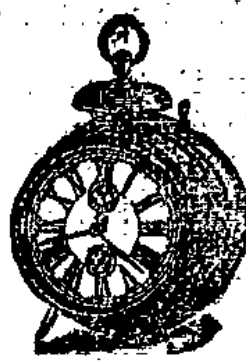
Kohlenkasten

Ofenschirme 1-, 2- und 3teilig

Ofenvorsetzer.

Otto Haukohl Nachf.

Inh.: Heinrich & Willy Rosenberg,
Mühlenstraße 59/63.



Heinr. Schultz
Uhrm. u. Goldarb.,
oh. Johannisstr. 20.
Uhren, Ketten,
Gold- u. Silberwar.
goldene Trauringe
Rathenower
Brillen.
Eigene Werkstatt.

Gefunden

hat jede Hausfrau das Rechte,
wenn sie

Malzol

(echter, ärztl. empfohl. Malz-
kaffee m. nützl. Zugaben) ver-
wendet. Gehalt und großer
Nährwert zeichnen diesen
Malzkaffee aus.

Überall erhältlich.

Vertr. Hans Wilms, Tel. 2065.

**Hasel- u. Walnüsse,
Feigen, Datteln,
Konfekt**

empfehlen

Reinh. Büsen

Arminstraße 1a.

Zum Weihnachtsfeste:

Traubrosnen
Kraichmandeln
Datteln
Feigen
Walnüsse
Haselnüsse
Paranüsse
Zitronen
Apfelsinen

in besten Qualitäten zu
Tagespreisen.

Abler-Drogerie, Schwartau.
Inh.: Robert Tern.

Für den Christbaum:

Christbaumschmuck
Tannenbaum-Konfekt
Goldbronze
Silbertau
Engelhaar
Silber-Girlanden
Christbaumschnee
Schneezauber
Baumlische

(nicht trüffelnde)
in Wachs, Stearin, Paraffin,
weiß und bunt.

Abler-Drogerie, Schwartau.
Inh.: Robert Tern.

Deutscher

Transportarbeiterverband
Mitgliedschaft Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, 20. Dezbr.
abends 8 1/2 Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen
erwartet.

Der Vorstand.

Die Kollegen der Firmen Warbs,
Meiners und Verhöfft u. Wilde
sind zu dieser Versammlung be-
sonders eingeladen.

Stadthallen-theater.

Donnerstag, 22. Dezbr. 7 1/2 Uhr.

Gastspiel Rudolph Schildkraut.

v. Deutschen Theater in Berlin

mit Ensemble

Neu! **Kittchenbana.** Neu!

Charakterstudie von Heijermans.

Neu! **Capriccio mortale.** Neu!

Komödie von Ludwig Rippert.

Neu! **Professors erster Ball** Neu!

Burleske von Adolf Rofee.

Gehöte Hr.! **Du gehst unglücklich!**

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14; und

Rohr, Rohmarkt 12.

Neues Stadttheater.

Dienstag, 20. Dezbr. 7 1/2 Uhr.

Die geschiedene Frau.

Operette von Leo Fall.

Mittwoch, 21. Dezbr. Abds. 7 Uhr.

Ermäßigte Mittwochs-Preise.

Dornröschen.

Weihnachtsmärchen u. gr. Ballett.

Donnerstag, 22. Dezbr. 7 1/2 Uhr.

Geschäftliche Opernpreise.

Gastspiel Hans Siewert

vom Hamburger Stadttheater.

Der Bollikon u. Conimann.

Sommerk Ober von Adam.

Zum Weihnachtstfest

bringe allen Freunden und Gönnern mein

Tabak- und Zigarren-Geschäft

in freundliche Erinnerung.

Weihnachts-Zigarren in Kisten zu 25 Stück.

Carl Wittfoot, Huxstr. 18.



WEINE

alter Art

Rum, Arrak, Kognak,
Liköre, Punsch-Essenzen.

Weinhandlung Otto Voigt,

Inh.: E. A. Politz
Fleischhauerstraße 14.

Zum Weihnachtstfeste

empfehlen

Bilderbücher und Jugendschriften

in großer Auswahl.

Gewerkschaften und Vereinen

zur Kinderbescherung besonders empfohlen
und gewähren denselben einen hohen Rabatt.

Buchhandlung von

Fr. Meyer & Co.

Unsere Kolporteure

führen obige Sachen ebenfalls mit.

IVO PUHONNY.



**Ein Sprung in's
Ungewisse**

Ist jeder Versuch, die bewährten Marken PALMIN
(Pflanzenfett) und PALMONH (Pflanzen-Butter-
Margarine) durch unbekannte, billige Fette zu er-
setzen. Palmin und Palmona werden seit vielen Jahren
täglich in Millionen Haushaltungen verwendet; sie
sind also erprobt und bewährt, sonst würden sie nicht
den ausgezeichneten Ruf genießen, den sie von der
feinsten bis zur einfachsten Küche besitzen. Darin
liegt eine Garantie, die bei unbekanntem
Marken nicht geboten wird.

